

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Fritz Warchow, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbain, Magdeburg. Druck von Franz Berger, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8. Fernsprecher 961. Abonnementspreis: Vierteljährlich 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Anband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.50 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 Mk. zzgl. Befehlsgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Infektionsgebühr die jeweilige Postzeitung 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7889

Nr. 53.

Magdeburg, Dienstag, den 4. März 1902.

13. Jahrgang.

Die Zuckerfrage vor dem Reichstage.

Ein günstiger Zufall hat es gefügt, daß am Sonnabend die Zuckersteuer auf der Tagesordnung des Reichstages stand, so daß das erfreuliche Ergebnis der Zuckerkonferenz bereits mit in die Debatte gezogen werden konnte. Unser parlamentarischer Korrespondent schreibt uns darüber:

Der Reichstag beschäftigte sich am Sonnabend ausschließlich mit der Zuckersteuer. Bekanntlich besteht die Hoffnung, daß es der gegenwärtigen internationalen Brüsseler Konferenz gelingt, eine Konvention zwischen den Zucker produzierenden Staaten — außer Rußland — zustande zu bringen, die die Ausfuhrprämien-Wirtschaft beseitigt und den Ueberzoll, dem der ausländische Zucker über die Verbrauchsabgabe (in Deutschland 20 Mark) unterworfen ist, auf 4,80 Mark herabsetzt. Der deutsche Schutz Zoll gegen Zucker beträgt gegenwärtig 20 Mark. Kommt diese Konvention zustande, so kann sich der deutsche Zuckerkonsum freuen. Sie würde ohne weiteres einen bedeutenden Preisfall des Zuckers herbeiführen. Das Zuckerkartell, das dann in die Brüche gehen würde, erhebt augenblicklich eine Liebesgabe von 8 Pf. pro Pfund Zucker, die mit der Beseitigung der Ausfuhrprämie und des bestehenden Schutzzolls gegen fremden Zucker natürlich in Wegfall kommen würde. Das Kartell wäre geliefert und es hat dieses Schicksal reichlich verdient.

Es ist ein typisches Beispiel dafür, in welcher unerschämten Weise innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestimmte Interessengruppen, die die Klinken der Gesetzgebung in der Hand haben, sich Millionen zuschanzen, das konsumierende Publikum auf das schwerste zu können. Dabei ist das Kartell nicht imstande geworden, die Zuckerpreise zu halten.

Zustand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeigt sich in deutlichster Form. Das Organ der Zuckerindustrie hat auch durchaus im Ernst den Vorschlag gemacht, die gewaltigen Zuckervorräte, die auf den Preis drücken, dadurch zu beseitigen, daß Wasser in die Läger geleitet werde, damit der Zucker vernichtet würde. Man hat weiter daran gedacht, den Zucker zu denaturieren, um ihn als Viehnahrung zu verwenden, nur damit nicht dem Volke billiger Zucker zugänglich werde. Schließlich sind selbst die Kriegervereine zu patriotischer Zuckervertilgung mobil gemacht worden.

Bei der heutigen Debatte stellte sich heraus, daß die Prämienwirtschaft von keiner Seite mehr verteidigt werden kann. Aber die Angst, daß es dem Kartell an den Argen geht, dessen Leitung im engen Zusammenhange mit bürger-

lichen Parlamentariern der verschiedensten Färbung steht, machte sich in geradezu komischer Weise geltend. Während die Linke und auch Genosse Wurm den Abschluß einer internationalen Konvention mit Freuden begrüßten, jammerte Herr Köstke (Bund der Landwirte) über den drohenden Untergang der Rübenzucker-Fabrikation, wenn diese Konvention zustande käme. In bekannter Manier suchte er auch wieder den Chauvinismus in den Dienst privatkapitalistischer Interessen zu stellen, indem er die Behauptung wagte, daß die Beschränkung des sogenannten Ueberzolls auf 4,80 Mark ein Eingriff fremder Staaten in die inneren Angelegenheiten Deutschlands sei. Zu seinem Eifer hatte er dabei die Nachrichten über die Verhandlungen in Brüssel gründlich mißverstanden. Er war nämlich der Ansicht, daß nicht der Ueberzoll über die Verbrauchsabgaben hinaus, sondern der Gesamtzoll auf 4,80 Mark herabgesetzt werden soll.

Während der Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann wieder einmal zeigte, daß er freihändlerischen Gedankengängen nicht verschlossen gegenüber stehe und seine Rede manche Spitze gegen die Rechte bot, suchte Herr v. Roddielski die Agrarier wieder dadurch zu verführen, daß er ganz ähnlich wie Herr v. Kardorff behauptete, an der Zunahme des Rübenbaues trage die Unrentabilität des Getreidebaues schuld.

Für das Zuckerkartell traten weiter noch der Zuckerheilige Raabe, Herr v. Kardorff und Herr v. Staudt in die Schranken, während Dr. Barth, Gothein und Richter im Verein mit Wurm die schädliche Wirkung gerade dieses Kartells nachwiesen.

Die Ansätze für die Zuckersteuer und für die Wörstensteuer wurden im übrigen genehmigt. — Am Montag kommt der Etat der ostasiatischen Expedition, des Auswärtigen und der Kolonialetat zur Verhandlung. —

und kleinen Betriebe, welche ein Nebengewerbe der Landwirtschaft bilden, der allergrößten Gefahr bei der Umwälzung ausgesetzt sind.

Uns scheint die „Gefahr“ nicht so groß zu sein, daß die Zuderbarone in Zukunft nicht mehr ganz so mühelos Millionen-Gewinne in die Taschen verpacken können, und daß außerdem das Volk in Zukunft den Zucker zu einem billigeren Preis einkaufen kann.

Zu allem übrigen Ungemach müssen sich die Zuderindustriellen auch noch eine derbe Abkantung von der Regierung gefallen lassen. Das Organ „Die deutsche Zuckerindustrie“ hatte in seiner letzten Nummer die Behauptung aufgestellt, daß es der deutschen Regierung im Verein mit der österreichisch-ungarischen Regierung gelungen zu sein scheine, England und Frankreich zu dupieren. Dem Reichstag werde die betreffende Gesetzesvorlage erst 1903 zu gehen, und die Ablehnung solcher ungeheuerlicher Eingriffe in unsere inneren wirtschaftlichen Verhältnisse, wie es die Verminderung des Zollschutzes für Zucker auf 4,80 Mark pro Doppelcentner wäre, sei gewiß; sicherlich werde die Reichsregierung selbst dafür sorgen, daß die Vorlage abgelehnt werde.

Auf diesen allerdings sehr plumphen Mystifikationsversuch antwortet die „Nordd. Allg. Ztg.“ sehr grob: „Gegen diese Unterstellung, die augenscheinlich von dem Wunsche eingegeben ist, das äußerste zu thun, um die Konferenzverhandlungen noch im letzten Augenblick zum Scheitern zu bringen, muß auf das entschiedenste Verwahrung eingelegt werden. . . Für eine deutsche Zeitschrift aber ist es unwürdig, gegen die deutsche Regierung den Verdacht erregen zu wollen, daß sie dieses Spiel treibe.“ —

Politische Anekdote.

Magdeburg, den 3. März 1902.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 1. März. Im Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend zunächst die Vorlage betreffend den Ankauf von Kohlenfeldern in Westfalen in zweiter Beratung angenommen. Die dritte Lesung steht bereits am Montag auf der Tagesordnung. Der Gesetzentwurf wird also, dem Wunsche des Handelsministers Möller entsprechend, vor dem 1. April, dem Tage, bis zu dem das Kaufangebot der jetzigen Eigentümer des Bergwerksareals in Geltung ist, verabschiedet sein.

Darauf fuhr das Haus in der zweiten Staatsberatung fort. Beim Etat der Lotterieverwaltung führte der Finanz-

Recht trüffelige Gestalten

Die Herren vom Zuckerkartell überpartete Ergebnis der Zuckerkonferenz. Nach Art grob. Weiber gefallen sie sich in der Rolle der unheilverkündenden Cassandra. So schreibt die „Magdeburgische Zeitung“: „Die Zuckerprämien können ja, wie unsere Zuckerindustrie schon selbst gesagt hat, nicht bis in alle Zeit verewigt werden, aber ihre Aufhebung während der gegenwärtig andauernden Krisis ist ein so schwerer Schlag für die deutsche Zuckerindustrie und die deutsche Landwirtschaft, daß man nur mit größter Sorge der Entwicklung der Dinge entgegenzusehen kann. Selbst die Gegner der Zuckerindustrie müssen anerkennen, daß sie schweren Zeiten entgegengeht und das schlimmste ist, daß gerade die mittleren

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das Vergessen?

Elisab. Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Cahu und L. Forest.

Aus dem Französischen überf. von Suzanne Braeutigam-Romane.

(51. Fortsetzung.)

„Der Kaiser entscheidet,“ hatte der Rittmeister hartnäckig betont.

„Wenn Sie nun aber alle gegen die Heirat sind, wird da nicht Ihr Vetter die Einwilligung verjagen?“

„Dann wohl!“

„Nun, mein Kleiner, Sie werden sofort den Feldzug gegen diese Heirat eröffnen. Ich will nicht, daß sie zustande kommt!“

„Warum? . . .“ fragte der Rittmeister. Und seine Miene verdüsterte sich.

Hinter der Breite seines Schädels ging ein Licht auf. Dieser Widerspruch Lylies gegen die Heirat von Fritz beunruhigte ihn.

„Großer Dummkopf,“ sagte sie, indem sie den Hals ihres Geliebten mit ihren Armen umfaßte, „ich errate die Gedanken hinter deiner Stirn. . . Gott, was Du ein Gimpel bist! Du nein, Dein Preuße hat mir's nicht angethan. . . Aber Sie wissen,“ fügte sie mit dem feierlichen Tone aus ihren ehemaligen großen Tagen hinzu, „wie ich mein Land liebe, und wie sehr ich das Ihrige hasse. Ich bin Chauvinistin! Ich kann nicht zugeben, daß ein preußischer Offizier eine Elsässerin heiratet. Das ist schmachvoll. . . Aber wenn Sie mir nicht einen meiner Wünsche, wie ich sie so selten ausspreche, erfüllen wollen, so reden wir nicht mehr davon. . . Sie sind frei.“

Der Prinz hätte nun am liebsten alles Mögliche gegen die Heirat von Fritz unternommen. Sehr erwünscht war es ihm jetzt, hier im Kasino neue Gründe gegen diese Verbindung vorbringen zu können. Einen Punkt hatte er heraus-

gefunden. Er wies darauf hin, daß viele Kameraden dadurch eigentümlich berührt würden, wie ein deutscher Lieutenant durch diese Heirat in den Besitz eines Hauses an der „Avenue d'Jena“ in Paris käme. Das sei wirklich und wahrhaftig unerträglich. Wenn es sich um irgend welche französische Papiere handelte, so könnte man diese leicht mit guten deutschen Rentenbriefen vertauschen. Aber ein Haus! Selbst wenn von Adlerskraft diese Besingung verkaufen wollte, würden Monate, vielleicht Jahre darüber hingehen. Uebrigens würde Fräulein Stockmann wohl gar nicht in die Veräußerung dieses Hauses einwilligen. Also lägen die Sachen so, daß für lange Zeit ein deutscher Offizier, der ein Haus in Paris besitzt, den französischen Gesetzen unterworfen sei. Er fuhr fort:

„Es sei fern von mir, daß ich darauf hinweise, wie peinlich dies für unseren Kameraden werden könnte, wenn ein neuer Feldzug gegen den Erbfeind begönne und Paris wieder bombardiert würde. Was mich am meisten verstört, das ist die Lage dieses Hauses in einer Straße, deren Name in unseren Herzen immer tiefe Wunden aufrührt! Jena! Jenastraße. . . es ist überflüssig, diese finstere Stunde unserer Geschichte in das Gedächtnis zurückzurufen.“

Einige Herren aus der Tafelrunde gaben Zeichen der Zustimmung, aber auch ein Lachen wurde laut, aus dem man deutlich ersehen konnte, daß man sich über den kleinen Prinzen lustig machte. „Der Rittmeister ist noch viel dümmer, als ich ihn mir dachte,“ flüsterte der Lieutenant von Witzelbein seinem Nachbar ins Ohr. Dem Rittmeister Wolfgang, einem begabten Offizier, der nächstens seine Ernennung zum Lehrer an einer Kriegsschule erwartete, wurde es nicht schwer, den Prinzen Reimar von Schwalm-Huselmar zu belehren. Er wies ihn darauf hin, daß ja der Fürst von Sohenlohe, der deutsche Gesandte in Paris, auch Besitzungen in Frankreich habe, und daß nichtsdestoweniger der Kaiser fortjähre, ihm sein Vertrauen zu schenken. Da aber doch einige andere Kameraden ihre Bedenken gegen diese Heirat äußerten und namentlich auch der von seiner Frau aufgestachelte Major von Kaugenbach, glaubte der Prinz gewonnenes Spiel zu haben. Er hoffte, daß Adlerskraft frei-

willig die Verlobung rückgängig machen würde, wenn er sähe, wie die einflußreichsten Offiziere seines Regiments diese Verbindung mißbilligten.

Als der Oberst ausbrach, verließ auch Prinz Reimar von Schwalm-Huselmar eiligst das Kasino. Er sprang in einen Fiaker und fuhr zu seiner Freundin Lylie Bernet, um ihr triumphierend zu sagen:

„Meine schöne Freundin, die Sache steht gut. Ich habe in längerer Rede im Kasino so deutlich gegen die Heirat von Adlerskraft gesprochen, daß es mit merkwürdigen Dingen zugehen mußte, wenn aus dieser Verbindung etwas würde.“

„Sie sind entzückend!“ rief Lylie mit einer Freude, die nicht erheuchelt war.

„Ich werde meine Belohnung bekommen?“ flüchelte der Rittmeister.

„Ich verspreche es Ihnen.“

Darauf zog sich die Pariserin in ihr Zimmer zurück und schrieb dem Lieutenant einen Liebesbrief.

Fritz von Adlerskraft erwartete ungeduldig, ob er die behördliche Einwilligung zur Heirat erhielt. Er war vollständig entschieden, seinen Abschied zu fordern, wenn die gegen ihn gesponnenen Ränke Erfolg haben sollten. Aber er brauchte nicht zu diesem Mittel zu greifen. Eines Morgens zeigte ihm der Oberst an, daß gegen seine Heirat mit Fräulein Stockmann nichts vorliege. Die höchsten Vorgesetzten sahen es mit besonderer Freude, daß ein deutscher Offizier eine reiche Lothringerin heiratete, denn dieses Beispiel könne nur für die Germanisierung förderlich sein und namentlich auf die Stimmung in niederen Volkskreisen einen günstigen Einfluß ausüben.

Fritz verschaffte sich einen längeren Urlaub, und zwei Tage später reiste er eiligst zu seiner Braut.

Seine Gegenwart gab Lylie wieder Vertrauen und Zuversicht. In ihrem vollen Glücke, zu leben und zu lieben, vergaß sie schnell ihre bösen Träume, ihre Zweifel, ihre finsternen Gedanken. Parisruhe verschönerte sich auf einmal

Minister Frhr. v. Rheinbaben die übertriebenen Gerüchte über den Rückgang des Betriebes der preussischen Klassenlose auf ihr wahres Maß zurück, während der fromme Eiferer Pleß vom Centrum in bekannter Manier gegen die Verjudungen der Lotterie loszog. Niemand nahm sich die Mühe, ihm zu antworten. Der Etat der preussischen Central-Genossenschaftskasse gab dem freisinnigen Abgeordneten Dr. Crüger Anlaß zu der interessanten Anfrage, ob es wahr sei, daß die Milchcentrale einen Kredit von 700 000 Mark von dieser Kasse erhalten habe. Präsident Dr. Seiligenstadt antwortete wenig aufklärend; die Milchcentrale habe keinen Kredit von der Central-Genossenschaftskasse erhalten, er wisse aber nicht, ob die Centrale Kredit von der Verbandskasse bekomme, der sie angeschlossen sei. Dr. Crüger nagelte diese verblühte Erklärung fest und erkundigte sich, wer denn diese Verbandskasse sei, etwa die des Bundes der Landwirte? Am Regierungstische zog man es vor, diese Frage nicht zu beantworten. Die Sache blieb also zweifelhaft.

Man trat dann noch in den Etat der direkten Steuern ein, kam aber nicht weit. — Montag wird das Provinzial-Notationsgesetz in dritter Lesung beraten. Außerdem kleinere Vorlagen und Fortsetzung der Etatsberatung. —

Eine sonderbare „Beförderung“.

Ministerialdirektor Dr. Kögler im Kultusministerium ist zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts ernannt worden, nachdem Vikar Geh. Rat Dr. Perfinz, der längere Zeit beurlaubt war, wegen Kränklichkeit aus dem Dienst geschieden ist.

So unwichtig diese Notiz zu sein scheint, so interessant ist sie, wenn man ein wenig hinter die Coulissen schaut. Dr. Kögler ist nämlich ein von den Agrariern sehr gehashter Herr, weil er das ihm unterstellte Volksschulwesen Preußens im Landtage mehrfach gegen die schulfreundlichen Gesinnungen der Agrarier zu vertreten hatte und dies mit erfreulicher Energie that. Seine „Beförderung“ scheint also eines der „kleinen Mittel“ zur Hebung der Landwirtschaft zu sein. —

Deutschland.

Berlin, 3. März. Die konservative Reichstagsfraktion war am Sonntagabend zusammengetreten, um Stellung zum Zolltarif zu nehmen. Den Vertretern der Partei in der Zolltarifkommission wurde für ihre bisherige Haltung das Vertrauen ausgesprochen. Hierauf wurde in eingehender Debatte das künftige Verhalten der Partei erörtert. —

Dem Reichstage ist eine umfangreiche Uebersicht über die Verhältnisse der Arbeiter in den Betrieben des Reiches zugegangen. —

Im Abgeordnetenhause soll anfangs nächster Woche die Beratung des Kultusetats beginnen und wenn möglich, noch vor den Ferien zu Ende geführt werden. Der Eisenbahnetat wird voraussichtlich erst zwischen Ostern und Pfingsten zur Beratung gelangen. —

Die Gründung einer staatlichen Bergwerksinspektion soll regierungsseitig unter Vorbehalt der Genehmigung des Landtages in Aussicht genommen sein. Es ist dies die Folge des Ankaufes von Dortmunder Grubenfeldern durch den preussischen Staat. Die Inspektion soll in Dortmund errichtet und in dem dortigen Oberbergamtsgelände untergebracht werden.

in ihren Klagen. Dort, wo ihr vor einigen Tagen Dinge entgegengetreten waren, die ihren Tadel, ihre Thränen hervorgerufen hatten, sah sie nur Anlässe zu Fröhlichkeit und Liedern. Die Unteroffiziere, die mit den Dienstmädchen auf dem künstlich hergestellten See im Park gondelten, die Offiziere, die ihre Säbel schleppten oder ihre Pferde tänzeln ließen, um die Klagen auf sich zu lenken, der fröhliche Lärm hinter den Fenstern der Villen und Residenzen, die Karaden auf dem Schloßplate, die bunten Schaufenster in der Kaiserstraße, das schwere Auckengehäu eines Hoflieferanten, die geschmacklosen Gerichte ihrer württembergischen Köchin, ja selbst das Denkmal auf dem Marktplatz, alles fand jetzt Gnade vor ihren Augen.

Diese letzten Tage des Brautstandes waren für die beiden jungen Leute eine Zeit unaufrichtiger Entzückens. Sie lernten sich besser kennen, und ihre Liebe wuchs, je mehr sie in sich bis dahin unbekannte Schätze entdeckten.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Genilleton.

Der Goethebund in Berlin hat einen Antrag zur Gründung eines deutschen Volks-Schülerpreises, der in regelmäßigen Zeitabständen von einer frei wählenden Jury dem Schöpfer des besten deutschen Dramas zuerkannt werden soll. Es heißt u. a. in dem Antrag:

„Wenn auch das jede künstlerische Schöpfung seinen besten Lohn in sich selbst findet, muß es uns doch im Hinblick auf andere Kunstgattungen und den edlen Zweck unserer Akademie bestimmen, daß dem deutschen Dichter in seinem Vaterlande öffentliche Ehrungen verweigert sind, die alle Stimmen des Volks und Dankes zum einhelligen Spruch zusammenfassen und ihm das Gelingen bezeugen. Der einzige Auszeichnung, die er bis jetzt genießen kann, dem von Wilhelm I. hochherzig gestifteten Schillerpreis, sind bestimmte Ehrenämter gezogen. Der König als Sponsor ist in gutem Recht, wenn er nur ein jeener jährlichen Kampfschauung entsprechendes Werk gekrönt haben will, oder wenn ihn der patriotische Stempel einer Dichtung des gleichen Lohnes würdig erscheint, wie der öffentliche Wert. Um so härter regt sich gerade jetzt das Bewußtsein, diesem Dichterspreis einen vom deutschen Volk gestifteten ergänzend an die Seite zu stellen!“

Wir glauben seinen nahen hundertsten Todestag nicht besser feiern und zugleich den Gedanken, der unsern Bund ins Leben gerufen hat, nicht entsprechend dienen zu können, als indem wir alle künstlerischen Männer und Frauen einstimmen, einen deutschen Volks-Schiller-Preis zu gründen, der in regelmäßigen Zeitabständen von einer frei wählenden Jury dem Schöpfer des besten deutschen Dramas zuerkannt werden soll.

Das Volk in allen Schichten soll der Stifter sein. Deshalb ist auch das höchste Ehrenamt wählbar.

Dieser Vorschlag ist ein höchst interessantes, daß mit den Tagen unserer Kaiser die selbstbewußte Unabhängigkeit des deutschen Geistes ungebunden forschet; er ist ein Symptom am Wege der freien deutschen Kunst. —

In „Wiener Finanzkreisen“ soll das Gerücht verbreitet sein, daß Fürst Philipp zu Eulenburg zum Reichskanzler ernannt werden soll. — In gewisser Beziehung wäre die Ernennung ein Fortschritt: Willow muß sich darauf beschränken, fremde Dichter zu citieren, Fürst Phil zu Eulenburg, der talentierte Verfasser des Sanges an Legir, würde aus eigenen poetischen Werken citieren können. Freilich würde die Welt diesen Vorzug nicht oft genießen, falls er als Reichskanzler ebenso oft auf Urlaub wäre wie als Votschafter. —

Eine Veteranenversammlung, die von etwa 1000 Personen besucht war, fand am gestrigen Sonntag in Berlin statt. Sie nahm Stellung zu der Frage des an die Veteranen zu zahlenden Ehrensoldes. Reichstagsabgeordneter Dr. Trend ließ sich in ausführlicher Rede über die Angelegenheit aus und betonte, daß der Staat unter allen Umständen die Verpflichtung habe, für diejenigen, welche die großen Siege haben miterkämpfen helfen, ausreichend zu sorgen. Die geringste Summe, die jeder Veteran zu erreichen bestrebt sein müsse, wäre ein Betrag von 600 Mark; die jetzt gezahlten 120 Mark kämen einer Armenunterstützung gleich. Ueber sollten die städtischen Behörden ihre Bürger angemessen unterstützen. Zum Schluß wurde eine Resolution an den Reichstag angenommen, in der den Reichsbehörden dringend ans Herz gelegt wird, die Sache endlich zum Abschluß zu bringen. —

Gut zugeredet wird den konservativen Brotwucherern von den offiziellen Blättern. So schreibt die Münch. Allg. Ztg.: „Die Konservativen und mit ihnen alle besonnenen Freunde der Landwirtschaft und der vaterländischen Arbeit sollten der Regierung dankbar sein, daß sie die Brücke zum Rückzug schon jetzt geschlagen hat, und nicht damit wartete, bis es zu spät war. Die große Zahl der verkümmerten Gelegenheiten in Deutschland bedarf keiner Ergänzung.“ — Da Zureden hilft, so werden sich die Konservativen wohl belehren lassen, sintemal n — ihnen auch nichts anderes übrig bleibt. —

Stuttgart, 2. März. Die F. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger veröffentlicht folgende Erklärung: Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Notiz, daß wir, bezw. die mit uns verbündete Verlagsanstalt „Union“ aus das Manuskript zu einem dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck hätten ablaufen lassen, erklären wir hierdurch als eine Erfindung. Auf weitere in jener Notiz enthaltene unrichtige Mitteilungen einzugehen, müssen wir verzichten. —

Ld. Karlsruhe, 3. März. Auf der sozialdemokratischen Landes-Versammlung in Offenburg erklärte Dreesbach bei dem Bericht über den Landtag, die Fraktion werde unter Beachtung des Lübecker Beschlusses prüfen, ob die politischen Verhältnisse die Ablehnung des Budgets notwendig machen. Die Fraktion gehe wieder mit gebundenen Händen, noch mit geschlossenem Munde in den Landtag. Fragesteller: „Indiger Rede, bekämpfte. Bebel den Opportunismus der Sozialdemokraten in Baden. Er erwiderte, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen das Budget stimme. Nach dieser Aussprache, die alles beim Alten läßt, ging der Parteitag auseinander, nachdem Mannheim zum Wortort gewählt worden war. —

Italien.

Die politische Lage

hat sich seit 48 Stunden geändert, da sich mit Zusage der Opposition Bianchi bereit erklärt hat, die Forderungen der Kammer anzunehmen. Die Kammer wird ihre Sitzungen am 10. März wieder aufnehmen. —

Belgien.

Die Zuckerkonferenz

sam überein, daß die Konvention betreffend Neuordnung der Zuckerbesteuerung an einem der ersten Tage der nächsten Woche unterzeichnet werden soll. —

Südafrika.

Zwei schwere Niederlagen

sind vom südafrikanischen Kriegsschauplatz zu verzeichnen. Die eine hat die Engländer, die andere die Buren betroffen. Die englische Niederlage besteht in der vollständigen Aufhebung eines mindestens 600 Mann starken, von zwei Geschützen begleiteten englischen Armeekorps bei Klertsborg. Wenn diese Aufhebung erfolgte, läßt sich nicht genau feststellen.

Ueber die Bureniederlage wird mitgeteilt, daß es sich um die Uebergabe von 600—700 Mann handelt. Demei ist aber nicht darunter, so daß selbst diese Schlappe noch nicht viel besagen will. —

Kleine politische Nachrichten. Auf die Depesche der amerikanischen Redakturen anlässlich des Preßkartells sandte der Kaiser ein Danktelegramm, in dem er sagt, daß der große und sympathische Empfang, der seinem Bruder seitens der amerikanischen Redakturen zu teil wurde, ihn mit hoher Befriedigung erfüllte. — Am Sonntag, den 23. 2. fanden in Jaiten ca. 300 Versammlungen zu Gunsten des von der sozialistischen Partei-Fraktion der Kammer eingereichten Projekts der Regelung der Frauen- und Kinderarbeit statt. — Bei einer Arbeitlosen-Versammlung, die gestern in Paris stattfand, kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. — Mehrere Postbeamte und Manifestanten wurden verhaftet, ungefähr zwanzig Personen wurden verhaftet. Bei dem Zusammenstoß sind elf Polizeibeamte schwer verletzt worden und wurden ins Krankenhaus gebracht; 25 Polizeibeamte erlitten kleinere Verletzungen. —

Deutscher Reichstag.

(155. Sitzung.)

Berlin, den 1. März 1902.

Von Bundesratspräsident Frhr. v. Tschirnhaus.
Gingegangen ist der erste Nachtragsetat.
Auf der Tagesordnung steht zur Zeit aus dem Etat der Post- und Verkehrsbeamten der Etat 3:

Zuckersteuer

zur zweiten Beratung. (Berichterstatter Abg. Richter.)

Abg. Dr. Buchta (Freis. Vg.):

Ich möchte den Herrn Reichskanzler bitten, uns Auskunft über die Ergebnisse der Brüsseler Zuckerkonferenz zu geben. Ueber die Notwendigkeit der Aufhebung der Ausfuhrprämien herrscht allgemeine Uebereinstimmung, die Hauptsache aber ist, daß der Zoll allgemein auf 6 Franc herabgesetzt wird.

Staatssekretär Freiherr v. Tschirnhaus:

Ueber die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz kann ich Ihnen keine ausführlichen Erklärungen abgeben, da die Verhandlungen in Brüssel noch nicht abgeschlossen sind. Doch ist die Hoffnung berechtigt, daß der Abschluß eines internationalen Vertrages möglich wird. Das, was in den Zeitungen steht von der Aufhebung der Prämien, der Fixierung eines sogenannten Ueberzollses und der Sicherung durch Zuschlagprämien von Seiten der der Vereinbarung beitretenden Länder gegenüber den Ländern, die Ausfuhrprämien zahlen, ist zutreffend.

Abg. Dr. Rösicke-Katzenlauren (Vd. d. Vv.):

Es ist für uns unbedenklich, wie eine Regierung einer anderen das Recht zuerkennen kann, sich in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes zu mischen, wie das von Seiten Englands geschehen ist. Geht der Reichstag zu einer Erhebung des Zuckersolles seine Zustimmung, so trägt er zum Untergang der Zuckerindustrie bei. Werden die Prämien beseitigt, so hat der Rohrzucker gegenüber dem Rübenzucker einen solchen Vorteil, daß letzterer zu Grunde gehen muß. Es wird sich fragen, ob nicht die Zuckerverarbeiter unter diesen Umständen abgeschafft werden muß. (Abg. Wurm: Sehr richtig.) Wenn sich die Herren der Bank dazu bereit finden, werden wir ihnen gern die Hand reichen. (Bravo! rechts.)

Schatzsekretär v. Tschirnhaus:

Unsere Regierung wird keinen Vertrag unterschreiben, in dem wir uns England gegenüber betrübs unserer Ausfuhrprämien oder unseres Zuckersolles binden, während England freie Hand behalten sollte, seine Kolonien vor uns in der Zollgesetzgebung vorzuziehen. Von einer Einmütigkeit konnte bei einem zweiseitigen Vertrage nicht die Rede sein. Ich wiederhole, daß ich bis jetzt nur von einem Ueberzoll von 6 Franc gesprochen habe, während Herr Rösicke von einem Gesamtzoll von 6 Franc gesprochen hat; das ist ein Unterschied von 20 Mark. Unsere Produktion ist über das Bedürfnis hinausgewachsen, eine Hebung des inneren Verbrauchs ist nur möglich durch Verbilligung des Zuckers. Durch die Konvention soll eine Hebung des Verbrauches und ein ruhiger Abfluß ins Ausland gesichert werden.

Abg. Wurm (Soz.):

Was Herr Rösicke spricht nur die Furcht, daß das Bestehende, daß der Zuckerring zu Grunde geht und daß der bestehende Schutz Zoll nicht aufrecht erhalten werden kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nur durch diesen aber sind die Zuckerpriese so hoch gestiegen. Der Preis des Centners mußte Mark 20.50 sein, er ist aber Mark 28.25. Das ist der Erfolg des Kartells. Das deutsche Volk zahlt außer den 10 Pf. Staatsabgabe für jedes Pfund Zucker noch 8 Pf. an den Zuckerring als Viebesgabe. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie (zu den Agrariern) sagen allerdings, das geschieht im Interesse der Rübenbauern, die aber werden von Ihnen sehr schlecht bezahlt. Heute herrscht in der Zuckerindustrie eine Ueberproduktion von 6 Millionen Doppelcentnern. Freilich läßt sich eine künstliche Steigerung der Konsumtion nicht so leicht erzwingen, wie eine Steigerung der Produktion. Von einem Interesse für die Landwirtschaft kann gar nicht die Rede sein, es handelt sich hier nur um eine Interessengegenseitigkeit für eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern und Großindustriellen. Da man nicht wollte, wie man den überproduzierten Zucker los werden soll, empfahl man sogar dringend den Kriegervereinen dringend den Bezug von Zuckervaren. Aber erst dann wird der Zuckerring größer sein, wenn der Zucker billiger wird. Die schwierige Lage in der Zuckerindustrie ist nur hervorgerufen worden durch die Nimmerjahren im eigenen Lager, die nun dastehen wie die betäubten Leiharbeiter, denen die Felle weggeschwommen sind. (Weiterkeit.) Es ist sehr charakteristisch, wenn es das Organ der Zuckerindustriellen für das beste erklärte, die Zuckerlager unter Wasser zu legen, es ist kennzeichnend, daß solche Pläne überhaupt entstehen könnten. Es ist ja auch vorhergesagt worden, den Zucker zu denaturieren, um das Vieh damit zu füttern. Das ist agrarische Wirtschaftspolitik und hat notwendig das Gerücht zur Folge gehabt, das jetzt über Sie hereingebrochen ist. Wenn aber Ihr kapitalistisches System zusammenbricht, so wird das deutsche Volk seine Freude und seinen Nutzen davon haben. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Baasche (natl.):

Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs hat mich wenig befriedigt. Die Frage ist von großer Tragweite für die Zuckerindustrie und damit, wie ich Herrn Wurm gegenüber betone, auch für die Landwirtschaft. Wurm betont mit Recht, daß der Zucker eines der wichtigsten Nahrungsmittel für das Volk ist. Wo wären wir aber, wenn wir die Rübenzuckerindustrie nicht durch Schutzölle großgezogen hätten. Sie sagen, wir hätten eine Ueberproduktion herbeigeführt; Ueberproduktion bedeutet aber billige Preise für die Konsumenten. (Auf bei den Sozialdemokraten: für die ausländischen.) Die Ueberproduktion an Zucker ist durch die überreichen Mübenernten verursacht.

Ueber das Zuckerkartell ist hier sehr viel geredet worden, ich will auch nicht alle Manipulationen des Raffineriehandels verteidigen, aber wenn die Rohzuckerproduzenten und die Rübenbauer noch einigermassen besonnen können, so verdamnen sie es dem Kartell. Wenn die Prämien schon Oktober 1903 aufgehoben werden sollten, wie Zeitungsberichte behaupten, so wäre das ein vernichtender Schlag für die Industrie. Deshalb muß der deutschen Zuckerindustrie ein größerer Spielraum zur Vorbereitung zum Kampf auf dem Weltmarkt ohne Prämien gelassen werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Geben andere Staaten die Prämien auf, so können wir unsere Prämien auch aufheben. Die von England gewünschte Beschränkung des Ueberzolls ist aber ein Eingriff in die staatliche Autonomie.

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Rodde: (Rp.):

Herr Wurm jagte, Zucker sei ein notwendiges Volksnahrungsmittel. Dann müssen Sie aber ein Gesetz gegen die künstlichen Süßstoffe annehmen (Lachen links), denn die künstlichen Süßstoffe kann ich nicht als Nahrungsmittel anerkennen. (Sehr wahr! rechts.) Sie dürfen sich versichert halten, daß ich als Landwirtschaftsminister dafür sorgen werde, daß die Konvention nicht von heute auf morgen in Kraft tritt.

Abg. Richter (Freis. Vp.):

Wenn ich den Herrn Landwirtschaftsminister recht verstanden habe, dürfte ihm lieb sein, die Konvention könne nicht zustande. (Weiterkeit.) Süßstoffe gebraucht nur der, dem es um Verhütung zu thun ist und dem Zucker zu teuer ist. Die Konvention soll so bald als möglich kommen und muß dem Reichstage sofort vorgelegt werden; ich bin überzeugt, sie wird eine große Mehrheit auf sich vereinigen und die paar Wähler werden in einsamer Opposition stehen. Ich könnte es ja bedauern, daß die Opposition nicht größer ist, als ich voraussetze, denn ich könnte mir keine bessere Parole denken, als die Zuckerverbilligung. (Sehr gut links.) Ich schließe mit dem Wunsche, daß es auch dem Spirituskinge so gehen möge wie dem Zuckeringe und daß die falsche Gesetzgebung, die zu beiden geführt hat, elend in die Brüche gehen möge. (Beifall links.)

Abg. v. Staub (kon.):

Es ist bezeichnend, daß Herr Richter nur gegen die Kartelle der Landwirtschaft so energisch vorgeht, dagegen niemals gegen die anderen Kartelle. (Sehr richtig! rechts.) Einem Inkrafttreten der Konvention vor dem 1. Oktober 1904 will die Regierung hoffentlich nicht zustimmen. — Einen Ueberzoll von 6 Mark halte ich für ungenügend, um die Konkurrenz des Auslandes zu verhindern.

Abg. Dr. Barth (Freis. Vg.):

Darüber, daß die Prämien aufgehoben werden sollen, herrscht Einmütigkeit, man fräudt sich nur gegen Erhebung des Zolls und wünscht, daß die bittere Pille, die die Zuckerindustriellen schlucken sollen möglichst spät kommen möge. Ich wünsche noch eine weitere Erhebung des Zolls unter 6 Mark, um auf jeden Fall einen Zusammenstoß des Kartells herbeizuführen. Die Beseitigung der Prämien ist lange nicht so wichtig wie die Beseitigung des Kartells. Ich hoffe, daß die Konvention diesen Erfolg haben wird. (Bravo! links.)

Kommunal-Wahlprogramm für die sozialdemokratische Partei der Provinz Sachsen.

Einleitung.

Die Gemeinde war ursprünglich eine territorial abgegrenzte Genossenschaft, die sich in allen wesentlichen Punkten selbst genügt und ihr selbständiges politisches und ökonomisches Leben führte. Heute ist sie ein Organ des Staatswesens geworden, dessen Charakter auch den ihren bestimmt.

In einer sozialistischen Gesellschaft wird die Gemeinde eines der wichtigsten Organe gesellschaftlicher Produktion und gesellschaftlicher Fürsorge für das Wohl der Gesamtheit sein. Im kapitalistischen Staate kann sie nur wirken auf Grundlage der gegebenen Herrschafts- und Ausbentungsverhältnisse.

Selbst dort, wo allgemeines und gleiches Stimmrecht in der Gemeinde besteht und die Mehrheit der Gemeindeglieder dem Klassenbewußten, kämpfenden Proletariat angehörend, findet das Wirken der Gemeinde seine Schranken nicht bloß in den Gesetzen und der Regierung des Staates, sondern oft auch in ihrer eigenen ökonomischen Ohnmacht.

Dem der Kapitalismus steigert die Unterschiede von Arm und Reich aufs Höchste, nicht bloß zwischen den Individuen, sondern auch zwischen den Gemeinden. Auf der einen Seite schafft er großstädtische Centren, in denen der Mehrwert des ganzen Landes, ja der ganzen Welt, zusammenfließt, und auf der anderen Seite Gemeinden, denen aller Mehrwert entzogen wird, in denen bloß Proletarier leben, deren Armut auch die Armut der Gemeinde und ihre Ohnmacht zu gemeinsamen Wirken beengt.

Aber immerhin, wenn die Gemeinde nicht den Hebel bietet, um die sozialen Gegensätze unserer Gesellschaft aufzuheben, so kann sie doch auch heute schon ein sehr kräftiges Mittel werden, dem moralischen und physischen Elend, das der Kapitalismus für die arbeitenden Volksmassen stets zu vermehren strebt, entgegenzuwirken und zur geistigen und körperlichen Wiedergeburt der Arbeiterklasse beizutragen.

Zu diesem Zwecke ist es die Aufgabe des Klassenbewußten Proletariats, alles auszunutzen, seine Macht in den Gemeindevertretungen zu verankern und die Selbständigkeit wie die ökonomischen und politischen Machtmittel der Gemeinden zu vermehren.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordern wir im Interesse einer gesunden Gemeindepolitik

A. Vom Staate bezw. vom Reiche:

1. Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, mit der Bestimmung, daß die Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag stattzufinden haben. Das aktive und passive Wahlrecht ist auf alle mündigen Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Steuerleistung auszudehnen. (Der Empfang von Unterhaltungen aus öffentlichen Mitteln darf das Wahlrecht weder beschränken noch aufheben.) Beseitigung des Privilegs der Hausbesitzer. Einführige Wahlperioden für die Gemeindevertreter. Uneingeschränkte Selbstverwaltung der Gemeinden. Aufhebung des feakl. Bestätigungsrechts gegenüber den Gemeindebeamten. Beist. der Magistratskollegien und Uebergabe der gesamten polizeiliche die Verwaltung der Gemeinden. Erweiterung des Rechts und Umgestaltung des Enteignungsverfahrens. und Regelung der Haftpflicht der Gemeinden. Desentf. andlungen der Gemeindevertretung. Gewährung von Gemeinderatsmitglieder und Straflosigkeit für Außer in Ausübung ihres Amtes.

2. Weltlichkeit der Schule und völlige Trennung der Kirche. Einheitlichkeit der Schule als Volksschule. Oblig. Besuch derselben mit der Maßgabe, daß Schüler und Schülerinnen nach ihrer Befähigung in höhere Schulen aufrücken. Unentgeltlichkeit der Schule und der Lehrmittel. Uebernahme der Schullasten auf den Staat und Uebertragung der geschul. zu regelnden Verwaltung auf die Gemeinde. Obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für beide Geschlechter bis zum 18. Lebensjahre. Erteilung dieses Unterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit. Gesehliches Verbot der Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder.

3. Abschaffung aller Aufwendungen aus Mitteln der Gemeinde für kirchliche und religiöse Zwecke.

4. Uebernahme der Lasten für Schul-, Armen- und Gesundheitswesen, sowie für den Bau und Unterhalt der großen Verkehrs- und Durchgangsstrassen. Regulierung der Wasserläufe.

5. Stärkere Steuerheranziehung der großen und Entlastung der kleinen Einkommen. Selbststeinschätzungspflicht für alle Steuerpflichtigen.

6. Gesehliche Maßnahmen gegen den Bodenwucher und Erlaß eines Reichswohnungsgesehes.

7. Gesehliche Maßnahmen zur Vereinigung von Landgemeinden in Gemeindeverbände.

B. Von der Gemeinde:

1. Bis zur gesehlichen Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts mögliche Herabsetzung des Censur und Verlegung des Wahltermins auf einen gesetzlichen Ruhetag.

2. Reform des Steuerwesens: Aufbringung der Kosten des Gemeindehaushaltes, soweit sie nicht durch die staatlichen Leistungen für Schul-, Armen-, Kranken- und Straßentlasten gedeckt werden: a) durch Ueberwälzung der Gemeindebetriebe, b) durch direkte Steuern, und zwar Personal- und Ertragssteuern, c) durch Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses. Alle indirekten Steuern auf Lebensmittel sind zu beseitigen.

3. Reform des Schulwesens: Obligatorischen Besuch der Volksschule und Festsetzung einer Maximal-Schülerzahl in den einzelnen Klassen, die einen gesehlichen Unterricht ermöglicht, nicht aber durch finanzielle Rücksichten bestimmt wird. Schaffung besonderer Schulklassen für minderbegabte Kinder. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel. Errichtung von Schulbädern und Schulkantinen. Anstellung von Schulkäse. Einführung des Handfertigkeitsunterrichts für Knaben und Mädchen. Errichtung von Turnhallen, Spielplätzen und Schulgärten.

Volkshildung: Errichtung und Ausbildung von Volksbibliotheken und Veschallen. Errichtung kommunaler Theater z. Veranstaltung von Volksvorstellungen, Volkskonzerten, Volkstanzveranstaltungen aus Mitteln der Gemeinde.

4. Desentfliche Gesundheitspflege: a) Uebernahme des Reinigungswesens in eigene Regie nach hygienisch einwandfreien Grundätzen (Kanalisation, Fäkalienabfuhr, Straßenreinigung, Haus- und Straßenehrlichabfuhr, öffentliche Bedürfnisanstalten. b) Kontrolle des Lebensmittelverkehrs durch Bau von Markthallen, Errichtung von Vieh- und Schlachthöfen (mit Schlachtwagen). Untersuchungsanstalten für Nahrungsmittel, Säuglingsasylen, Kinderheimen, Ferienkolonien, Heimstätten für Schwangere, Entbindungsanstalten, Wäschereien, Uebernahme der Versorgung der Gemeinden mit Säuglingsmilch. Errichtung kommunaler Wädereien, Schlächtereien und Molkereien, Bau und Betrieb von Wasserwerken. c) Anlagen öffentlicher Bäder, Spielplätze, Parks usw. d) Heimstätten für Gemeindefremde und Langenkrank mit unentgeltlicher Behandlung, Errichtung von Unfallstationen, Desinfektions- und bakteriologischen Untersuchungsanstalten, unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung und Heilmittel, Uebernahme der Apotheken in Gemeindebetrieb. e) Uebernahme des gesamten Bestattungswesens, die obligatorische Einrichtung und Benutzung von Leichenhäusern, unentgeltliche Bestattung für alle Gemeindeangehörigen und Errichtung von Krematorien.

5. Armen- und Waisenwesen: Armen- und Waisenpflege mit ausreichenden Unterstüßungsätzen. Verbot des Brauchs: arbeitsunfähige Arme und Waisenkinder zur Unterhaltung an den Wenigstnehmenden zu vergeben. Ueberwachung des Pflegeinverwesens durch Frauen. Errichtung von Wälen für Obdachlose, Wärmehallen usw. ohne polizeiliche Kontrolle.

6. Industrie und Verkehrsweisen: Errichtung von Gemeindebetriebsämtern, welche die Aufgabe haben, die Ausführung von Gemeindegewerben, die Beleuchtungs-, Verkehrs-, Kraft-erzeugungswesen sowie sonstige für die Gemeinde notwendigen Betriebe der Privatausbeutung zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinde zu betreiben.

7. Revision des Submissionswesens: Vergebung der Gemeindegewerben und Lieferungen und unter vertragsmäßiger Verpflichtung der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen mit Gemeindegewerben beschäftigten Arbeiter in Gemeinschaft mit den Fachorganisationen der Arbeiter festzusetzen. Ablehnung irgend welcher Streiklausel in die Werk- oder Lieferungsverträge. Ausschluß der Gemeindegewerben von Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde, mögen sie nun direkt oder indirekt an denselben beteiligt sein.

8. Arbeiterpolitik: Versicherung sämtlicher von der Gemeinde beschäftigte Arbeiter gegen Unfall, Krankheit und Alter, sowie Fürsorge für ihre Witwen und Waisen. Ausreichende Bezahlung sowie eine Arbeitszeit von nicht länger als 8 Stunden täglich. Das Koalitionsrecht ist sicher zu stellen und in seiner Weise zu beschränken. Einmal jährlich Erholungsurlaub mit Fortzahlung des Lohnes. Ebenso Fortzahlung des Lohnes bei militärischen Übungen. Einlegung von Arbeiterauschüssen. Errichtung von Gewerbegerichten. Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie. Fürsorge für Notstandsarbeiten durch Vergabe geeigneter Gemeindegewerben in der Zeit der Arbeitslosigkeit. Errichtung kommunaler Betriebswerkstätten.

9. Gesunde Wohnungspolitik: Erwerb von möglichst umfangreichem Grundbesitz. Anschaffung des Grundbesitzes durch Straßens- und Verkehrsanlagen. Verwendung von Gemeindegewerben zur Errichtung von Häusern mit allen Forderungen der Volkshildung entsprechenden Wohnungen, welche der Bevölkerung — insbesondere der Arbeiterklasse — zu Mietpreisen zur Verfügung zu stellen sind, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des aufgenommenen Kapitals, sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden. Bemessung der Grundsteuer, statt nach dem Nutzungswert, nach dem gemeinen Wert unter gleichzeitiger Erhebung eines progressiv abgestuften Zuschlags zu der Differenz zwischen dem der Grundsteuer zu Grunde gelegten Werte und dem wirklich erzielten Kaufpreis des Grundstücks. Aufnahme einer Wohnungsstatistik in regelmäßigen Zwischenräumen. Einrichtung von kommunalen Wohnungsämtern. Anstellung von kommunalen Wohnungsinpektoren.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 3. März 1902.

— Ein Strafmandat in Höhe von 20 Mark. Obmann der Gewerbegerichtsbesitzer Genossen s der Kriminal-Polizeibehörde zugestellt worden. bekannt, die letzte Verurteilung der Gewerbetreibender nicht angemeldet. Ob das Gericht die Sache wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird die Sache bis zur letzten Instanz durchsetzen.

— Zur Krise. Aus der Bückauer Maschinenfabrik (sogen. „Alte Bude“) werden weitere Entlassungen gemeldet. Am Sonnabend abend sind dort wiederum 21 Mann, größtenteils Familienväter, abgelohnt worden, während man die jungen unverheirateten Leute bei niedrigen Löhnen weiterarbeiten läßt. Ebenso werden Arbeiterentlassungen aus der Feilenfabrik von Gebr. Ufer gemeldet. Auch hier sollen ca. 23 Mann mit dem Hungerdikt beglückt worden sein. Wer sich also mit der Hoffnung getragen hat, das kommende Frühjahr würde die allgemeine Arbeitslosigkeit in etwas herabmindern, hat sich leider getäuscht.

— Ein neues Sparsystem in der hiesigen Eisenbahnwerkstätte. Hier werden in der dem Minister von Thiele unterstehenden Eisenbahnwerkstatt sämtliche Kolonnen der Telegraphenarbeiter einschließlich derjenigen der Meister aus Sparamtsrückichten vollständig aufgelöst. Die älteren Telegraphenmeister sollen den Baumspektoren als Bureaubeamte zugeteilt werden, weil die Telegraphenarbeiten von den Bahnmeistereien versehen werden sollen. Die jüngeren Telegraphenmeister dagegen sollen als Bahnmeister untergebracht werden. Die Telegraphenarbeiter werden als Arbeiter in den Bahnmeistereien mit dem ortsüblichen Tagelohn untergebracht resp. versetzt. Dadurch würden die Arbeiter einen ganz erheblichen Lohnausfall erleiden. Trotz der in verschiedenen Erlassen betonten „Humanität“ des Ministers scheut man sich also in Magdeburg nicht, in unserer traurigen Zeit die trostlose Lage der Arbeiter noch zu verschlechtern.

— Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am 6. März um 4 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als 25 Punkte.

— Aufreizender Reichtum. In dem demnächst zu Ende gehenden Steuerjahre waren in unserer Provinz Sachsen zusammen 22 Einkommensteuer-Censiten nach einem Einkommen von mehr als 500 000 Mark veranlagt, und zwar 15 im Regierungsbezirk Magdeburg, 5 im Regierungsbezirk Merseburg und 2 im Regierungsbezirk Erfurt. Diese 22 Höchsthöheverdienenden unserer Provinz gliedern sich nach ihrem Einkommen wie folgt:

über 500 000 bis 600 000 Mark	8 Censiten,
über 600 000 bis 700 000 Mark	2 Censiten,
über 700 000 bis 800 000 Mark	1 Censit,
über 800 000 bis 900 000 Mark	2 Censiten,
über 900 000 bis 1 000 000 Mark	3 Censiten,
über 1 000 000 Mark	6 Censiten,
zusammen 22 Censiten.	

Unter diesen 22 Steuerzahlern waren freilich 14 Aktien-Gesellschafter, aber auch 8 vielfache Millionäre, welche persönlich

derartige Einnahmen haben. Man sieht also, es giebt keinen Notstand. Hier in der Provinz ist man so reich, daß im Regierungsbezirk Erfurt 2 und im Regierungsbezirk Magdeburg sogar 6 Milliardäre wohnen, die über 500 000 Mark pro Jahr zu verzehren haben. Eine glückliche Gegend. — Freilich wird uns jeden Tag von dem Elend von Arbeitslosen gemeldet, welche hungernd und frierend auf der Straße umfallen; aber solches Elend wird ja dadurch weggemacht, daß wir alle das stolze Bewußtsein in uns tragen können, daß für einen Teil unserer Mitmenschen durch Jahreseinkommen von 500 000 Mark und mehr reichlich gesorgt ist.

— Die Haushaltspläne für die Gas- und Wasserwerke schließen folgendermaßen ab: Die Gesamteinnahme des Gaswerks beziffert sich auf 2 816 000 Mark, die Gesamtausgabe auf 2 268 135,87 Mark, so daß der Ueberschuß 547 864 Mark 13 Pf. beträgt. — Der Haushalt des Wasserwerkes weist eine Einnahme von 748 700 Mark, eine Ausgabe von 627 154 Mark 47 Pf. auf; der Ueberschuß beträgt somit 121 545 Mark 83 Pf. Der Gesamtüberschuß bei den Werken stellt sich also auf 669 409,66 Mark. Die Erträge der Gas- und Wasserwerke bleiben hiernach gegenüber den Haushaltsplänen für das laufende Jahr wesentlich zurück, nämlich der des Gaswerks um 89 013,27 Mark, der des Wasserwerks um 19 005,05 Mark. — Der Magistrat plant eine Erhöhung des Preises für Koch- und Heizgas von 10 auf 12 Pf. pro Kubikmeter; eine nette Mittelstandsrettung. Um solche Maßnahmen durchführen zu können, scheint der Magistrat das Wahlrecht des Mittelstandes vermindern zu wollen.

— Nicht Fisch, nicht Fleisch. Der Mangel eines eigenen Schulgebäudes für die verschiedenen Klassen der gewerblichen Fortbildungsschule macht sich immer mehr bemerkbar. Die fortgesetzt zunehmende Schülerzahl in der Fortbildungsschule bedingt, daß immer mehr Klassen eingerichtet werden müssen. Durch den chronischen Platzmangel, der in dem Schulgebäude in der Brandenburgerstraße herrscht, müssen die neu sich bildenden Klassen in andere Schulen verlegt werden, wodurch nicht nur die Einheitlichkeit der Schulleitung gefährdet wird, sondern auch der Stadt fortgesetzt für die Einrichtung des Probenatoriums nicht unerhebliche Kosten erwachsen. Neuerdings sollen wieder die in dem Schulgebäude Nachtweidestraße 77 untergebrachten Klassen der gewerblichen Fortbildungsschule zu Htern d. S. durch den Zutritt des dritten Schülerjahrganges um zwei Klassenräume werden. Es wird daher erforderlich sein, für zwei Klassenräume die Ausstattung derart zu beschaffen, daß sie auch von den Volksschülern mit benutzt werden können. Die Kosten belaufen sich nach Anschlag auf 2300 Mark, welche aus dem für das Schulgrundstück vorgesehenen Ueberschuß entnommen werden sollen.

Wir betonen wiederholt, daß die zweifache Benutzung der Klassenräume von Volksschülern und von Schülern der Fortbildungsschulen schwere Bedenken hat und daß die Erbauung eines zweckentsprechend eingerichteten eigenen Schulhauses immer notwendiger wird.

— Die Personen-Dampfschiff-Ueberfahrt vom Friedrich-Wilhelms-Garten nach dem Stadtpark ist wieder eröffnet.

— Das Hausmädchen Anna Erdmann (nicht Dohmer, wie wir berichteten), welche am Sonnabend vormittag von ihrem Geliebten angeschossen wurde, hat die an ihr vollzogene Operation glücklich überstanden und befindet sich den Verhältnissen nach wohl. Die Kugel, die hinter dem Ohr in den Kopf eingedrungen war, konnte entfernt werden. Ueber die Vorgeschichte des blutigen Dramas ist noch mitzuteilen, daß der Täter sich noch am Sonnabend morgen in die Wohnung der Mutter des Mädchens begeben hat. Er schilderte dieser seine Lage als unglücklich und nahm von seinem dem Liebesverhältnis entsprossenen zweijährigen Söhnchen mit den Worten Abschied, er werde ihn nicht wiedersehen. Der Unselige hat Wort gehalten.

— Unfälle. Der Schlosser Rudolf Neumann aus Salbke hat sich am Sonnabend abend im Grusonwert mit heißem Wasser beide Arme, Brust und Gesicht verbrannt. — Dem Kesselschmied Wilhelm Krißang aus Bückau ist Sonnabend nachmittag in der Eisenbahnhauptwerkstatt in Bückau ein Kessel auf das linke Bein gefallen, wodurch K. einen schweren Unterschenkelbruch erlitt. Beide Verletzte wurden in das Subenburger Krankenhaus aufgenommen.

Provinz und Umgegend.

rk. Westerhüsen, 1. März. (Die Wahlen zur hiesigen Gemeindevertretung) sind auf Sonnabend, den 8. März, festgesetzt. Von der 3. Klasse muß ein Angehender gewählt werden. Da nun aus diesen Reihen ein geeigneter Kandidat für uns nicht herauszufinden war und die Parteigenossen jedes Kompromiß ablehnen, hat die Wahl für die Sozialdemokraten Westerhüsens kein Interesse und bleiben diese für diesmal der Wahlhandlung fern.

Burg, 1. März. (Pädagogik oder Protektion?) Mit seinem „Eingefand“, aus dem wir vor einigen Tagen eine Probe gaben, hat der Lehrerverein viel böses Blut bei lokalen Autoritäten gemacht. Nicht etwa deshalb, weil der Verein die Ueberfüllung der Klassen zur Sprache brachte — das weiß man ja ohnedies, und hält es in maßgebenden

Kreisen für ganz in der Ordnung — sondern weil die Herren geschrieben haben: „Man kann allerdings auch bezweifeln, ob in der ganzen Frage (nämlich der Erziehung der Lehrerinnen) durch Lehrerinnen, die Pädagogik jemals Richterin gewesen ist. Nahegelegende wirtschaftliche Interessen einflussreicher Kreise sind wohl in der Regel das ausschlaggebende Moment; des besseren Aussehens wegen deckt man sie aber mit dem pädagogischen Mantelchen zu.“

So etwas sagt man natürlich nicht ungestraft. Am allerwenigsten in Burg, und so hat denn bereits in der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Februar unser zweiter Bürgermeister, Herr Schmelz, eine geharnischte Erklärung vom Stapel gelassen, worin er am Schlusse versichert, daß weitere Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden würden. Ganz besonders verurteilte der Redner die Unterstellung, daß die städtische Behörde die eigentlichen Gründe verschleierte, wie aus dem angeführten Citat hervorgeht.

Die Versammlung gab durch wiederholte Beifallsrufe ihre Zustimmung kund. Also nicht eine Stimme nahm sich der Lehrer an, trotzdem die Herren der dritten Abteilung stets mit Hilfe der Lehrer gewählt werden.

Die Lehrer sollten auch aus diesem Vorkommnis wieder ersehen, daß sie sich der Sozialdemokratie anschließen müssen, weil sie in der bürgerlichen Gesellschaft doch niemand finden, der für ihre berechtigten Interessen eintritt.

m. Erfurt, 1. März. (Freigesprochen) von der hiesigen Strafkammer wurde der ehemalige Polizeisergeant Friebe und dessen Bruder. Beide waren wegen Körperverletzung angeklagt. Mit einem noch nicht 16jährigen Mädchen hatten beide intimen Verkehr gehabt und Friebe sollte das Mädchen geschlechtlich krank gemacht haben. Das Leinwandzeugnis, welches dem Mädchen ausgestellt wurde, fiel ungünstig aus und so erfolgte Freispruch. Das Gericht nahm an, daß das Mädchen sich die Krankheit — auch an anderer Stelle zugezogen haben kann!

— (Im Vorort Flörsberg) erhielt bei der heute mittag stattgefundenen Gemeinderatswahl unser Genosse Kiesewetter 120 Stimmen. Sein Gegenkandidat Zimmermann Göbe erhielt 35 Stimmen. K. wurde für den ausgeschiedenen Genossen Helbig gewählt. Somit hat sich unser Besitzstand (3) gehalten.

Gommern, 1. März. (Eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung) tagte hier am Mittwoch, den 26. Februar, im Lokale des Herrn Vollmann. Schriftsteller C. Thiel sprach über „Die Maserade des Klassenstaates“. In annähernd zweistündigem Vortrage geißelte Redner die Heuchelei der Wortführer der herrschenden Klassen und forderte zum Schluß seines Referats alle Anwesenden auf, nach Kräften mitzuwirken am Emanzipationskampfe aller Unterdrückten und Rechtlosen. Hierauf kritisierte mit treffenden Worten Genosse C. Voigt ein in unserer Kreise verbreitetes, „Auf, für Wahrheit und Recht!“ überschriebenes Blättlein, welches sich gegen das von uns im „Neuen Zeit“ veröffentlichte Flugblatt wandte. Zur Schlussurde wurde noch der Fall Gollin einer kritischen Beleuchtung unterzogen und darauf die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

— (Zur Krise.) Auch Gommern hat jetzt Arbeitslose zu verzeichnen. Vor kurzem wurden vom Steinbruchbesitzer C. Wallersteht-Prehien 10 bis 12 Arbeiter entlassen und jetzt sind auch von der hiesigen Zuckerrübenfabrik mehrere Arbeiter von den Fesseln der Arbeit „befreit“ worden. Hoffen wir, daß diese Unglücklichen bald wieder lohnende Beschäftigung erhalten.

— (Rohheit.) Bekanntlich wurde hier vor vierzehn Tagen der Bäckermeister Göbe im Schützengang überfallen und in brutaler Art und Weise mißhandelt. Den Thätern ist man jetzt auf der Spur und sehen diese Verbrecher — nebenbei bemerkt, Arbeiter waren es nicht — einer exemplarischen Strafe entgegen.

— (Katholisches.) Zu nächster Zeit wird hier mit dem Bau einer katholischen Kirche begonnen. Dann wird wohl der „Umsturz“ aus Gommern endgültig verschwinden.

— (Eine rege Hausagitation.) Zweck Gewinnung neuer und vieler Mitglieder zum sozialdemokratischen Wahlverein beabsichtigen die hiesigen Genossen im kommenden Sommer. Bravo!

Nienburg, 1. März. (Singers Söhne.) Einem hiesigen Parteigenossen sagte ein gleichfalls hier wohnhafter wohlhabender Bürger: „Ihr Sozialdemokraten wollt vom Militär nichts wissen, dabei sind Singers Söhne alle Offiziere.“ Die Regierung ist also so tolerant, daß sie sogar Söhne von Sozialdemokraten befördert, welche gar keine Kinder haben.

Querfurt, 2. März. („Nicht der richtige.“) Bei der kürzlich stattgefundenen Versammlung der freisinnigen Volkspartei passierte einem Angehörigen eines hiesigen Grundbesitzers ein kleines Versehen. Besagter Herr stieg, nachdem Dr. Schacht das Verlangen des Bundes der Landwirte mit scharfen Worten geäußert, in dem Glauben, der Redner habe dem Freistaat ein ausgemittelt, laut Beifall kläffend auf einen Stuhl, von dem ihn sein Kollege voll Entsetzen herunterriß, ihm die Worte: „Das ist ja nicht der richtige“, zureisend. Der Arme mußte nicht mehr.

ow. Staßfurt, 1. März. (Chloralkaliumfabrik in Süßen.) Im Anschluß an unsere Notiz in Nr. 52 d. Bl. betreffend die Errichtung einer städtischen Chloralkaliumfabrik in Süßen teilen wir noch mit, daß die Leopoldshaller Chloralkaliumfabrik sich ebenfalls mit einer Petition an den katholischen Landtag gewandt haben, in der sie die Errichtung einer Chloralkaliumfabrik überhaupt abzulehnen, da der Fiskus wohl schwerlich gute Geschäfte dabei machen würde. Sie sprechen selbstverständlich auch von dem schweren Schaden, den Leopoldshall erleiden würde und haben, um ihren Interessenkampf mit mehr Nachdruck führen zu können, auch den Leopoldshaller Bürger-

verein mobil gemacht, der dieserhalb zu Montag, den 8. März, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung nach dem „Dessauer Hof“ einberufen hat, deren Besuch wir unseren Lesern angelegentlich empfehlen. Selbstverständlich haben weder der Bürgerverein noch die Arbeiter ein besonderes Interesse daran, daß in der Chloralkaliumfabrik die private Produktion aufrecht erhalten bleibt. Namentlich den Arbeitern kann es ziemlich gleichgültig sein, ob sie ihre Arbeitskraft dem anhaltischen Staat oder den Privatunternehmern verkaufen. Zwar hat sich der Staat bisher in Leopoldshall als ein recht wenig toleranter Arbeitgeber gezeigt, indes auch Privatleute leisten hierin das menschenunwürdige und einzelne der in Frage kommenden haben unter den Arbeitern einen ganz besonderen Ruf. Das Bürgertum und die Arbeitererschaft haben viel eher das Interesse, daß der Staat die Weiterverarbeitung der von ihm gewonnenen Salze selbst in die Hand nimmt und die respektablen Ueberschüsse der Staatskasse zuführt, nur müssen sie wünschen, daß die Chloralkaliumfabrik in Leopoldshall errichtet werde. Die Fabrikanten haben aber ein Interesse daran, daß ihnen überhaupt nicht die Konkurrenz eines staatlichen Betriebes entsteht und dieser Interessengegensatz dürfte schon in der Versammlung am Montag in interessanter Weise zum Ausdruck kommen. — Erfreulich ist, daß der Leopoldshaller Bürgerverein zu allen kommunalen Fragen Stellung nimmt im wohlthunenden Gegensatz zu seinem Staßfurter Kollegen, den nichts aus seinem Dorarbeitslosensklasse zu erwecken vermag, nicht einmal diese Angelegenheit, die doch auch Staßfurter Interessen recht nahe berührt.

Staßfurt, 28. Februar. (Verächtigung.) Herr Fritz Römer ersucht uns auf Grund des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Verächtigung:

„In vergangener Woche brachten Sie einen Artikel, in welchem meine Verhältnisse als Unternehmer der städtischen Straßenreinigung einer Kritik unterzogen wurden; unter anderem wurde mir daraus ein Vorwurf gemacht, daß die Polizei-Verwaltung zu viel Geduld mit mir habe und daß ich für Aufheben der Steinsteine ein Spottgeld den Arbeitern geboten habe. Dem gegenüber erwidere ich, daß Sie doch gewiß schon am eigenen Leibe erfahren haben, daß die Staßfurter Polizei nicht mit sich spaßen läßt; dies trifft auch in meinem Unternehmerverhältnis zu; bei dem Spottpreis 5 Pfg. — 3 Pfg. pro Meter habe ich nicht geboten — haben die Arbeiter Findeisen und Behauer in der kurzen Arbeitszeit 3 Mk. pro Tag verdient, Schiebeder sogar als teilweiser Invalide 4 Mk., keiner aber unter 3 Mk. je nach Leistung.“

Wir werden nach Rücksprache mit unserem Gewährsmann event. auf die Angelegenheit zurückkommen. Vorläufig bemerken wir nur, daß Arbeitslöhne von 3 Mark pro Tag natürlich keineswegs glänzend sind; hoffen wir, daß Herr Römer selbst nie am eigenen Leibe die Erfahrung macht, was es heißt, die ganze W...

sch. T. (Stücklein Patriotismus.) ... daß sie nur wegen Bestrebungen ... auch königstreuen Patrioten kann es passieren, daß man sie wie Sozialdemokraten behandelt. Der Arbeiter Karl Winnig aus Blankenburg, welcher als Stecher (Heizer) im hiesigen Walzwerk arbeitet, ist Mitglied des Blankenburger Landwehrvereins. Am Sonnabend, den 22. d. M., wurde nun ein treuer Kamerad beerdigt. Winnig war mit zum Gefolge bestellt und konnte infolgedessen nicht zur Arbeit kommen. Er kam nun Sonntag früh zur Schicht. Doch da wurde ihm seitens des Herrn Meisters P. o. b. e. l. e. i. gesagt: „Gehen Sie heute wieder nach Hause, morgen melden Sie sich bei dem Vorarbeiter K.“ Der Mann sollte dort die geringer bezahlten Heche fahren und reifen. Da nun W. erklärte, er könne die Arbeit nicht machen, wurde ihm seitens des Meisters P. bedeutet: „Warum wohnen Sie in Blankenburg, ziehen Sie nach Thale! Sie können sich morgen Ihre Papiere holen.“ Und der Arbeiter W. that also und ging. Die Arbeiter des Walzwerks können daraus ersehen, daß sie nicht umhin können, sich gewerkschaftlich zu organisieren, denn der Krieger- und Landwehrverein zahlt keine Unterstützung bei Maßregelungen wegen patriotischer Thätigkeit, wohl aber die Gewerkschaften, die das wahre Interesse ihrer Mitglieder vertreten.

Thale, 1. März. (Genosse P. Göhre, Pastor a. D., und ein hiesiger Pädagoge.) Der neulich im „Fortshauje“ abgehaltene Volksbildungsvortrag des Sozialpolitikers Dr. Franke, von dem wir schon berichteten, ist einem hiesigen Lehrer der III. Mittelborstklasse, Herrn Rodenbeck, offenbar in Fleisch und Blut übergegangen. Den folgenden lehrreichen Unterricht erteilte er den Kindern: Er stellte zuerst die Frage, ob die Kleinen wüßten, wer neuulich dahergewesen. Ein Kind antwortete: Ja, Pastor Göhre. Da jagte der Schulmeister: „Das ist einer, der aus der Kirche herausgeworfen ist; nun ist er unter die Sozialdemokraten gegangen. Diese Sozialdemokraten sind aber gottlose Menschen.“ Weiter fragte der Herr: „Weiß keiner von Euch, was Göhre gesagt hat?“ Die Antwort eines Mädchens lautete: „Ja, er hat gesagt, er sei nicht nur früher ein guter Christ gewesen, sondern sei es noch.“ Nun fragte dieser Pädagoge weiter: „Weiß keiner von Euch einen Spruch hierauf.“ Da antwortete wiederum ein kleines Mädchen: „Ich kenne einen Spruch, der lautet: Macht es Euch auf Erden schön, kein Jenseits giebt's, kein Wiedersehen.“ Das kluge Kind war jedenfalls schlagfertiger wie der Herr Lehrer. Von wohlherzogenen Arbeiterkindern kann ein Lehrer manchmal mehr lernen, wie diese von ihm.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Dömitz dieses Jahres soll in Egelin eine kleine Kinderkrippe eröffnet werden. — Seit einigen Tagen ist die Krippe des Brodenz in dichten Nebel gehüllt, indem von Zeit zu Zeit Schneeschauer, mit Eiskörnern und Sprühregen gemischt, auftreten. — In Salzenfeldt erkrankte Freitag ein beim Wasserholen aus dem eigenen Brunnen auf dem Hofe der

Postapostreier Hofang. — Verhaftet wurde Sonnabend vormittag Neuhaldenleben der Dreher W., gegen den die Voruntersuchung wegen Diebstahls eingeleitet wurde. — Die Frau des fülther in Neuhaldenleben wohnhaften Musikers Blume wurde in Mänsfelden in Westfalen abends in einer einsamen Straße ermordet, ein zwanzigjähriger Maurer ist als der Thäter verdächtig verhaftet. — Schwere Verletzungen am Kopf und an einem Arme erlitt am Sonnabend Gommern der im Steinbruch beschäftigte Arbeiter T. — Ein Schnigeltrocken-Einrichtung, der sich später die Anlage zur Metallefabrikation anschließen soll, beschloffen die Gesellschafter der Zuckerrübenfabrik in Gommern. — In Ufersleben, Staßfurt und Quedlinburg, in den letzten Tagen ein Schwindler, er heiße Andreas Veyer a. Wittenberg und wolle zu seiner verheirateten Schwester nach Quedlinburg, wozu es ihm an Reisegeld fehle, oder aber, er sei nach der Arbeiterkolonie Seyda einberufen. Der Mann bekam von Mitleidigen Geld. — Am Dienstag wollte in Barby ein Postbote im leichten Augenblick zwei Beisebeutel in den um 11 1/2 Uhr nach Magdeburg fahrenden Zug werfen; die Beisebeutel mit Inhalt kamen unter d. Räder. Demnach wäre auch der Postbote verunglückt. — Dem arbeitslosen Landtage ist eine Vorlage betr. Bewilligung weiterer außerordentlicher Geldmittel zur Vertheilung der Bergschäden zugegangen. Man hofft, daß die Summe von 300 000 Mark ausreicht.

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht Staßfurt. Die in voriger Sitzung verlagte Sache Gurr wider Sauerbrey wird fortgesetzt und mit einer neuen Klage desselben Klägers gegen dieselbe Beklagte verbunden, die ebenfalls darauf basiert, daß dem Kläger ohne vorherige Anzeige von seiten der Beklagten niedrigere Stundenlöhne in Anrechnung gebracht sind. Da der Zeuge, Meister Ghardy, nicht mit Sicherheit behaupten kann, daß dem Kläger von der allgemeinen Lohnreduktion Kenntnis gegeben ist, so wird die Beklagte zur Zahlung von 10,85 Mark an Klägers Kostenpflichtig verurteilt. — Der Tischler Gensel klagt gegen die Tischlereibesitzerin Witwe Klingisch, vertreten durch ihren Sohn und Geschäftsführer, wegen unrechtmäßiger Entlassung. Kläger ist ursprünglich nur auf 14 Tage engagiert worden, behauptet aber, daß bei Gelegenheit der ersten Lohnzahlung ein neuer Arbeitsvertrag von längerer Dauer abgeschlossen worden sei. Da Herr Klingisch beschwört, daß dies nicht der Fall ist, wird der Kläger kostenpflichtig abgewiesen. — Der Kupferschmied Müller klagt gegen die Firma D. h. e. r. m. e. i. e. r., vertreten durch den Teilhaber Brinck, weil ihm der Lohn für die plötzlich verfligte Arbeitszeitverkürzung — täglich 3 Stunden a 40 Pfg. — nicht gezahlt sei. Die Parteien einigen sich auf die Hälfte des Klägerschen Anspruchs.

Witterungsbericht.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 22. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Pringenerleien. — Zur Frage des Minimallohnes. Von Max Zetterbaum. — Ueber Tarifgemeinschaften. Von F. Feuerstein. — Der Arbeiterschutz in Spanien. Von H. Vogel. — Wer ist Schulherr: Reich, Staat oder Gemeinde? Von Heinrich Schulz (Magdeburg). — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Wurm. — Splitter.

Vereins-Kalender.

(Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pfg.) Turnverein „Einigkeit“, Buckau. Jeden Dienstag u. Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde im „Thalia“, Dorothienstr. 14. Damenabteilung Mittwochs 8—10 Uhr daselbst.

Marktberichte.

Magdeburg, 28. Februar. Weizen, Schirff 165—169 Mt., Sommerweizen 164—168 Mt., Raufweizen fehlt. Roggen 144 bis 148 Mt., je nach Lage der Station bezahlt. Gerste, Landwaze 180 bis 168 Mt., mittlere Chevaliers und seine Landgerste — Mt., gute Chevaliers 168—173 Mt. Feinste Qualitäten bleiben über höchste Notiz gesucht, fehlen aber fast ganz. Hafer 158—162 Mt. ab Station gehandelt. Erbsen, Victoria 200—220 Mt. je nach Qualität. Mais nur in runder Ware zu 123—125 Mt. am Markt, für Frühjahr 124 Mt. gefordert, Mized fehlt.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 18.00—24.00 Speisebohnen (weiße) 18.00—34.00. Binsen 19.00—6.00. Kartoffeln 5.50—6.00. Nichtstroh 6.50—7.00. Strohstroh 5.20 bis 6.00. Heu 8.00—9.00. Lymothum —. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0.96—1.04, von der Keule 1.40—1.60. Bauchfleisch 1.20—1.30, Schweinefleisch 1.30—1.50, Kalbfleisch 1.20—1.30. Hammelfleisch 1.30—1.50. Speck (geräuchert) 1.60. Eihutter 2.00—2.40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 2 60 Stück 3.60—4.40.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null	
Austret und Saale.	
Straßfurt	1. März + 2.00
Urotha	+ 2.12
Alstedten	+ 1.98
Bernburg	+ 1.57
Salze, Oberpegel	+ 1.62
do. Unterpg.	+ 1.12
Mülbz.	
Dessau	1. März + 0.38
Muldebrücke	2. März + 0.48
Elbe.	
Brandeburg	28. Febr. + 0.05
Melau	+ 0.20
Leitmeritz	+ 0.15
Ansbj.	+ 0.09
Dresden	1. März + 0.21
Torgau	+ 0.17
Wittenberg	+ 1.05
Hoflau	+ 1.96
Barby	+ 1.29
Schönebeck	+ 1.70
Magdeburg	+ 1.56
Zangerhüde	+ 1.41
Wittenberge	2. „ + 2.40
Dömitz, Pegel	+ 2.19
Sauroburg	+ 1.63
	+ 1.65
Havel.	
Brandenburg	28. Febr. + 2.28
do. Oberpegel	+ 1.89
do. Unterpegel	+ 1.90
Rathenow	+ 1.93
Oberpegel	+ 1.48
Unterpegel	+ 1.47
Habelberg	+ 2.54



Roman von Emile Zola
Deutsch von Kurt Baake

Excellenz Rougon

Der Romanerpräsentant stand noch an seinem Schritte, die schwa-
 rompelle, die sein Gesicht eben gerodet hatte, war noch nicht ver-
 ändert geblieben, und mit nachlässiger, halbblauer Stimme sagte er:
 „Die Sitzung ist eröffnet.“
 Er begann die Druckreden, die vor ihm auf dem Stuhl lagen, zu
 ordnen. Zunächst verlas er die Beschlüsse der letzten Sitzung, die
 II der letzten Sitzung. Es war ein fünfzigjähriger Mann, der die
 betriebe ins Kapitel versetzt und mit großer Gabe den Zeit heruntersas;
 von den abgeordneten hörte er zu. So groß war die Anwesenheit im
 Hause, daß die Stimmen des Vorlesers nur zu dem Anschein, den
 Gunstigen, drang, deren mühsame, forreife Salbung sich sofort von dem Be-
 nehmen der Kammermitglieder abhob.
 Man hundert abgeordnete waren da. Die einen lagen halb auf
 den roten Sammetbänken und der leere Stuhl neben ihnen zeigte, daß
 sie beim langweiligen Schwanz einer solchen Sitzung niedergedrückt
 waren, und ihre zitternden Tränen auf dem Stirnbande der
 durch die Wälder des Landes, das in den Himmel einen grauen Halb-
 mond schritt, drang der regnerische Wälder mit seinem trübem
 Licht herein; lautlos und belaudete die Luft die Gänge der
 Lichter des Saales. Lieber die tiefenwachen aufsteigenden Wälder
 es als breiter, roter Scherzen in gedämpften Klängen hin, der nur die
 da an den leeren Stühlen rosig aufstimmte. Die anderen
 fahnen und Wälder hinter dem Stuhl der Stühle lagen ganz
 ruhigen nach dem Stuhl in dem engen Saale, der an drei Stellen
 führte, ein abgeordneter. Abgeordneter fuhr er mit der Hand glänzend
 durch seinen rauen, schon im Saale spielenden Staub. Als ein Saal-
 beamter vorbeikam, hielt er ihn an und richtete halblaut eine Frage
 an ihn.
 „Sten, Herr Sten,“ erwiderte der Sten, „der Herr Konf-
 präsent ist noch nicht da.“
 „Der Herr Sten,“ erwiderte der Sten, „der Herr Konf-
 präsent ist noch nicht da.“
 „Der Herr Sten,“ erwiderte der Sten, „der Herr Konf-
 präsent ist noch nicht da.“

Vorwort des Uebersetzers.

„Se. Excellenz Eugene Rougon“ ist der sechste Band des gigantischen
 Roman-Cyklus der Rougon-Macquart. In seinem Vorwort zum „Assom-
 moir“ sagt Zola, daß der allgemeine Plan seines Riesenswerkes schon
 im Jahre 1869 bei ihm feststand. Er war damals 29 Jahre alt. Die Auf-
 gabe, die er sich stellte, bestand in nichts geringerem, als in einer etwa
 20 Bände umfassenden Roman-Serie die Geschichte einer Familie unter
 dem zweiten Kaiserreiche naturgeschichtlich und sozial darzustellen. Wir
 wissen, wie er Wort gehalten hat. Mit ungeheurer Kraft und Beharr-
 lichkeit hat er das Ziel, das er sich gesetzt hat, erreicht und Werke geschaffen,
 die der Weltliteratur angehören.
 In dem gemeinsamen Untertitel der ganzen Romanreihe ist aus-
 gesprochen, was der Dichter gewollt hat; er lautet: „Histoire naturelle
 et sociale d'une famille sous le second empire“ — „Natur“ und
 Sozialgeschichte einer Familie unter dem zweiten Kaiserreiche.“ Wie
 der Naturwissenschaftler die Spielarten einer Tiergattung untersucht, so
 wollte Zola offenbar unter dem Einflusse darwinistischer Gedanken die
 Nachkömmlinge eines Paares studieren und dabei nachweisen, wie trotz
 aller Kreuzungen und Mischungen bei den einzelnen Exemplaren immer
 wieder Züge auftreten, die auf den gemeinsamen Ursprung hindeuten.
 So zieht sich ein roter Blutfaden durch die ganze Romanserie. Nun ist
 aber die Vererbungstheorie durchaus nicht konsolidiert. Wir wissen noch
 sehr wenig von der Uebertragung überkommener und erworbenener Eigen-
 schaften an die Nachfahren. Auch Zola hat diese Rätsel nicht lösen können;
 er begnügt sich mit der Konstatierung der Thatsache, daß bestimmte
 Charakterzüge die unverwundbare Mitgift der Angehörigen einer Familie
 bilden, daß Anlagen, die bei den Eltern im Keime vorhanden sind, sich
 unter günstigen Verhältnissen bei den Kindern entfalten, daß physische
 Störungen der Eltern bei den Enkeln plötzlich wieder in abgeschwächter
 oder verstärkter Form hervorbrechen. Der Vererbungsgedanke tritt in
 den letzten Bänden der Serie übrigens stark zurück.
 Viel bedeutsamer als die naturwissenschaftliche ist die soziale Seite
 des ganzen Werkes. Es giebt keine Kulturgeschichte Frankreichs unter
 Napoleon I., die leisten könnte, was Zola in dem Rougon-Macquart

dem Gorne über die Schmeichelei...

seiner unbergierlich die Schmeichelei... Er zeigt uns Frankreich im Kriege und im Frieden...

- 2 -

- 6 -

geleistet hat. Alle Gebiete menschlichen Schaffens und Denkens hat der Dichter in den Bereich seiner Darstellungen gezogen...

„Excellenz Rougon“ ist der Roman der parlamentarischen Korruption. Im Mittelpunkt des Buches steht Eugene Rougon, der Minister und das gefügige Werkzeug Napoleons...

Rougons Vater ist Kaufmann. Er hat sich lange mühselig am Bankrott vorbeizuschleichen müssen und immer auf den großen Glückstall gehofft, der ihn endlich emporrichten soll.

Zu den vertrauten Spießgesellen Napoleons gehört bereits Eugene Rougon, der als beschäftigungsloser Advokat nach Paris gekommen ist und glänzende Karriere gemacht hat.

Der Dichter giebt in dem Roman eine Geschichte des parlamentarischen Schwindels und des Scheinkonstitutionalismus...

Excellenz Rougon



Abg. Schrempf (konf.):

Die großen Geldbäde liegen nicht auf der rechten Seite, sondern auf Ihrer Seite. (Lachen links.) Die Landwirtschaft zahlt 257 Millionen Steuern für Zucker, Spiritus und Tabak und das nennt man Liebesgaben. Wir werden die Konvention mit der schärfsten Wille prüfen müssen, denn die Regierung erweist sich als blind. Man möchte heute nach einem neuen Wismarck streifen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (Freis. Vg.):

Ich hoffe, daß jetzt der Zoll so herabgesetzt wird, daß sich der inländische Konsum wesentlich erhöht. Wir sind der Meinung, daß die Pläne der Gesetzgebung nicht im Interesse einzelner gehandhabt werden kann, sondern nur im Interesse der Allgemeinheit. (Sehr richtig! links.)

Abg. Herold (Centr.):

spricht den Wunsch aus, daß die Brüsseler Konvention zustande kommen und die Zuckerprämien abgeschafft werden mögen.

Abg. Dr. Nöcker-Kaiserslautern (W. d. L.):

meint, Abg. Paasche unterzöge die Konkurrenzfähigkeit des Rohrzuckers.

Abg. Warm (Soz.):

Herr Schrempf meinte, die an der Zuckerindustrie interessierten Kapitalisten säßen auf der linken Seite des Hauses. Nun, in den geschäftsführenden Ausschüssen und in den Ausschüssen sitzen bekannte Herren aus der konservativen und der Centrumpartei. Herr Paasche äußerte, der Vorschlag, den überflüssigen Zucker unter Wasser zu setzen, sei nicht ernst zu nehmen; er ist aber absolut ernst gemeint gewesen. Zum Beweise verliest Redner den betreffenden Artikel aus der Dezembernummer der „Deutschen Zuckerindustrie“.

Die Zuckerzuckerindustrie hat, wie kaum eine zweite im deutschen Reich, ungeheure Summen aus den Taschen der Steuerzahler erhalten. Es geschah, trotzdem die Zuckerfabriken Zeiten der größten Prosperität durchgemacht haben. Den Zuckerfabriken wurde über das normale Maß hinaus gestattet, Frauen zur Nacharbeit zu beschäftigen. Sie haben dadurch, daß sie polnische Arbeiter als Lohnbrüder herangezogen haben, das Kulturniveau der ganzen Bevölkerung herabgedrückt! (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Schrempf (konf.):

schaupt, daß die von Warm angeführten Herren Vertreter der Rohrzuckerindustrie sind.

Abg. Warm (Soz.):

Herr Schrempf irt sich, es heißt ausdrücklich: im Ausschussrat des Raffinerieyndikats.

Da Abg. Schrempf neuerdings widerspricht, schlägt Präsident Graf Baller in vor, daß sich die Herren nachher privatim darüber verständigen. Damit schließt die Diskussion. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die nächste Sitzung auf Montag 1 Uhr anberaumt. (Stat für die Expedition nach Ostasien, Etat des Auswärtigen Amtes, Kolonialetat, Vorlage betr. die Uebernahme der Garantie des Reichs für eine Bahn von Usambara nach Mrogoro.)

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Streik in der Schuhfabrik von Rosenbusch in Mainz ist beendet.

Den Tarifvertrag der Schneider haben in München schon 21 Firmen mit ca. 600 Arbeitern unterzeichnet.

Achtung, Modelltischler! Für die „Union“ in Berlin sollen außer in Stettin auch in Leipzig Modelle hergestellt werden. Durch Vermittlung der Firma Meier u. Weigel sind den in der Modellfabrik Carus in Lindenau beschäftigten Modelltischlern gleichfalls Modelle für Berlin in Arbeit gegeben worden. Da die Modelltischler sich weigern, Streikarbeit zu thun, ist es in dem genannten Betriebe bereits zu Differenzen gekommen, wobei ein Modelltischler in China wurde. Die Modelltischler wollen allerorts anfragen, daß sie nicht unwissentlich ihre ausgesperrten Kollegen schaden, da sich die Versendung von Streikarbeit sicher nicht auf Leipzig und Stettin beschränkt.

Krupps Wohlfahrtseinrichtungen. Am Mittwochabend kamen in Essen über 1000 Krupp'sche Arbeiter zusammen, um gegen die neuesten „Wohlfahrtseinrichtungen“ zu demonstrieren. Einstimmig wurde beschlossen, um endlich einmal den Unverantwortlichen, der bisher nur Millionen einsteckte, die Exzellenz Krupp, direkt auf die Vorgänge auf seiner Fabrik aufmerksam zu machen, dessen Einfluß auf sein Werk kennen zu lernen und sein gelobtes gutes Herz auf die Probe zu stellen, demselben folgendes Telegramm nach Capri zu senden:

Exzellenz Krupp Capri.

Die heute, 26. Februar cr., im Saale der „Vorujia“ von mehr als 1000 Arbeitern Ihrer Fabrik besuchte Versammlung wendet sich an Sie mit dem Ersuchen, Anordnung zu geben, damit die neue Arbeitsordnung in der Schmiede S. C., nach welcher die Mittagspause nicht mehr wie eine Stunde betragen soll, aufgehoben wird.

Weiter wurde das Bureau einstimmig beauftragt, an Krupp eine Eingabe gelangen zu lassen, in der die Mißstände genauer geschildert werden und ersucht wird, die Kündigungen rückgängig zu machen und die frühere Arbeitszeit wieder einzuführen. Die Eingabe soll unterzeichnet werden von dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und dem Vorsitzenden des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Die Aufforderung des Referenten an die Versammelten, endlich nun die Konsequenzen zu ziehen, sich der Organisation anzuschließen, wurde mit brausendem Beifall aufgenommen.

Kleine Chronik.

Ein graufiger Kindesmord

Ist am Sonnabend in Nusterburg entdeckt worden. Die Dienstmagd Stangenberg gebar heimlich ein Mädchen. Sie schnitt dem Kinde den Kopf und die Arme ab und versteckte diese in Stall, wo sie heute von der Polizei gefunden wurden. Den Rest des Körpers hatte sie in den Abort geworfen. Die unnatürliche Mutter ist verhaftet und einstweilen in das Krankenhaus gebracht worden.

Spiritistischer Gumbug.

Das „Blumenmädchen“ Anna Nothe, jene viel gereiste und durch ihre Wunder-Vorstellungen zu einem Idealmedium gestempelte Dame aus dem „Geisterreich“, ist von der Berliner Kriminalpolizei samt ihrer Sippe verhaftet worden. Die „Spiritistin“ hatte für 10 Mark Entree ihr Publikum damit amüsiert, daß sie Hyacinthen und Narzissen, von denen einige sogar aufgedruckt waren, vom Lafond der Decke niederfallen ließ. Plötzlich trat eine Diavolantin der Polizei

hinzu und förderte aus dem Unterrod der Schürhüblerin zwei Apfelsinen, mehrere kleine Orangen, sowie langstielige Hyacinthen und Narzissen. — Wir können in dem Verhalten der schlauen Spiritistin nichts Strafwürdiges finden, denn sie hat für Geld ihr Publikum amüsiert. Die Polizei triumphiert freilich und glaubt, durch die Verhaftung der erfolgreichen Spiritistin dem ganzen Umwesen des Spiritismus energisch zu Leibe gegangen zu sein. Trügerische Hoffnung! Nicht Anna Nothe hätte sie verhaften sollen, sondern die vierzehn Thoren, die an ihre geschickten Taschenspielerstücke als an Grundgebungen aus Dimension „vier“ glaubten.

Zweihundert Menschen ertrunken.

Wie aus Saigon (Französisch-China) gemeldet wird, ist ein chinesisches Schiff mit 250 Passagieren an Bord auf der Reise von Namdinh nach Hanoi bei Hungyen untergegangen; 200 Personen, darunter eine Französin mit zwei Kindern, sind ertrunken.

Entsetzliche Lawinenstürze in Amerika.

Ein entsetzliches Unglück wird aus Telluride (Colorado) gemeldet. Dort sind das Schachthaus und andere Gebäude der Grube „Liberty Bell“ durch eine Lawine in eine Gebirgsschlucht hinabgerissen worden. Von den hierbei verunglückten Menschen sind bereits 39 als Leichen geborgen; während der Rettungsarbeiten ging eine zweite Lawine nieder, welche 40 Mann von der Hilfskolonne unter sich begrub. Auch von diesen sind nur wenige am Leben geblieben; insgesamt fanden 75 Menschen bei der furchtbaren Katastrophe den Tod.

Kleine Tageschronik.

In Harburg hat sich das 19 Jahr alte geistestrante Fräulein Cottini aus Italien dadurch selbst getötet, daß es sein Bett mit Petroleum begoß, anzündete und sich dann hineinlegte. — In der Petroleum-Raffinerie zu Oberberg explodierte bei Versuchen ein mit Kohlenensäure gefülltes Behältnis, der Schlosser Jones wurde getötet und zwei Monteure schwer, der Direktor Wehner leicht verletzt. — In Tiflis ist die Naturärztin Klara Nibios wegen schlagartiger Tötung verhaftet worden, weil sie zwei an Diphtheritis erkrankte Kinder falsch behandelt und dadurch deren Tod herbeigeführt haben soll. — Die beiden Schulknaben Brühl und Gerlen (8 und 9 Jahr alt), die sich in Durgelude auf das morische Eis der Biber gewagt hatten, sind gestern nachmittag durch die dünne Eisedecke eingebrochen und ertrunken. — Nachdem der Dampfer „Leda“ das Eis auf der Straße von Papenburg bis Herdrum durchbrochen hat, ist der Dortmund-Ems-Kanal von Emden bis Dortmund für die Schifffahrt wieder offen. — In Dlmitz erschoss sich der Postjäger Bartosch aus Karlsbad mit seiner Ehefrau. — Rodica, die überlebende der spanischen Zwillinge, erlitt nun die gleiche Schicksale nach ihrer Schwester, von deren Tode sie nichts ahnte, sie fragte, ob Doodica auch von frommen Schwestern gepflegt werde und dasselbe Spielzeug habe wie sie. — Die Feier, mit der der Eintritt des Papstes in das 25. Jahr seines Pontifikats gegenwärtig feierlich begangen wird, erreicht in der heute, 3. d. Mts., fallenden Ordnung ihren Höhepunkt. — Großes Aufsehen erregt in Ugram das Verschwinden des Paters Barbic, eines besondern Günstlings des Erzbischofs, und der Nonne Wilanda. Dieselben sollen schon seit langem ein intimes Verhältnis unterhalten und sich nach Amerika geflüchtet haben. — Ein chinesisches Schiff mit 250 Passagieren an Bord ist auf der Reise von Namdinh nach Hanoi bei Hungyen untergegangen; 200 Personen, darunter eine Französin mit zwei Kindern, sind ertrunken. — Der Sturm wüthet ununterbrochen vom Atlantischen bis zum Stillen Ocean.

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 1. März 1902.

Fürsorgeerziehung. Die 16 Jahre alte Tochter der geschiedenen Schneiderin Margarete Fischer, geb. Kappmeyer, hier, war im Jahre 1901 zur Fürsorgeerziehung bestimmt worden. Die Tochter entwich wiederholt und fand dann Aufnahme bei der Mutter, die den Aufenthalt verheimlichte. Die Angeklagte wird deswegen zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

Erbbarer Kaufmann. Der schon öfter vorbestrafte Kaufmann Rudolf Böhm aus Hannover hatte am 1. September 1900 hier Stellung in einem Teppichgeschäft gefunden und vereinnahmte von einem Kunden 4,30 Mark, die er für sich verbrauchte und erst ablieferte, als eine Anmahnung erfolgt war. Im Frühjahr 1901 wurde Böhm von einem Kaufmann in Leipzig als Reisender engagiert und erhielt Muster im Werte von 500 Mark übergeben, die er verfechtete. Der Angeklagte wird zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Unschuldig angeklagt. Nach nichtöffentlicher Verhandlung wurde die unverheiratete Marie Jagla zu Bahrendorf von der Anklage des versuchten Verbrechens gegen § 218 des Str.-G.-B. und die verheiratete Arbeiter Seifert, Juliane geb. Landorrek, daselbst, geboren 1850, von der Anklage der Beihilfe dazu, freigesprochen.

Heugabelheld. Der Arbeiter Heinrich Bollmeyer aus Brachweide zankte sich am 25. Juli 1900 zu Caritz mit einem Mitknecht und schlug ihn mit einer Heugabel, er wird deshalb zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Dunkel wird es schon gut machen. Der Kellner Richard Heinf hier, versuchte sich am 16. Januar d. J. von einem Kaufmann 60 Mark zu erschwindeln. Als ihm dies nicht gelang, ging er am 17. Januar in den Laden einer Frau und fragte, ob sie ihm einen Hundertmarkschein wechseln könne. Als sie das Geld aufgezählt hatte, nahm Heinf es an sich, eilte weg und rief der ihm nachsehenden Frau zu, sein Dunkel werde den Schein gleich bringen. Am 18. Januar wurde der Angeklagte in Hamburg verhaftet und legte sich dem Beamten gegenüber einen falschen Namen bei. Der Gerichtshof erkennt wegen versuchten und vollendeten Betruges auf 7 Monate Gefängnis, wegen der Uebertretung auf 1 Woche Haft.

Letzte Nachrichten.

(Herold, Debeschen-Bureau)

Von der Zuckerkonferenz.

Wien, 3. März Der „Montagsrevue“ zufolge wurde der österreichische Botschafter am belgischen Hofe, Graf Kheven-

hüller, telegraphisch beauftragt, die Beschlüsse der Brüsseler Zuckerkonferenz namens der österreich-ungarischen Regierung zu unterzeichnen. — In Regierungskreisen wird die von den Zucker-Industriellen angeregte Idee einer Verständigung zwischen Oesterreich und Deutschland, sich gegenseitig gegen den Zuckerimport zu sichern, als im Rahmen der Brüsseler Konvention undurchführbar bezeichnet.

Brüssel, 3. März. Die „Etoile Belge“ ist in der Lage den Wortlaut der Zuckerkonvention mitzuteilen. Dieselbe umfaßt sieben Paragraphen, scheint aber doch unvollständig zu sein.

Frankfurt a. M., 3. März. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Paris: Ein Bulletin der Ärzte über Waldeck-Rousseau konstatiert ein befriedigendes Allgemeinzustand. Jedoch dauern die Schmerzen in der linken Schulter fort. Nachmittags machte sich ein leichtes Fieber bemerkbar, das aber rasch vorüberging.

Rom, 3. März. Aus Cassano werden Unruhen gemeldet. Das Rathaus wurde während einer feindlichen Kundgebung niedergebrannt, weil die Regierung es unterlassen hatte, eine Lokalbahn zu bauen.

Sofia, 3. März. Die Wahlen sind hier und in der Umgebung ohne Zwischenfall verlaufen. Dagegen werden aus Braza, Chirpan, Plewna und Sitra-Bagalee Unruhen gemeldet.

London, 3. März. Das Gerücht vom Tode Cecil Rhodes ist unbegründet. Rhodes ist zwar krank, doch ist sein Zustand nicht besorgniserregend. — Das Kriegsamt veröffentlicht eine Ergänzungsliste zu den am 24. Februar bei Pletzdorp eingebüßten Offiziere und Mannschaften. Die Liste umfaßt an Toten 30 Offiziere und 38 Mann, an Verwundeten zwei Offiziere und einen Mann.

Auslandsnachricht.

Frankfurt a. M., 3. März. Aus Rom wird der Frankfurter Zeitung gemeldet: Seit vorgestern verhandelt die Regierung direkt mit den Führern der Eisenbahnarbeiter. Diese zeigten Entgegenkommen und verlängerten den Termin eines eventuellen Ausbruchs des Generalstreikes auf den 10. März. Infolgedessen ist die Stimmung in den politischen Kreisen mehr optimistisch. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Berlin, 3. März. Nach einem Telegramm aus Tiflis erregt dort die Verhaftung der gesellschaftlich geschätzten und sich großen Rufes erwerbenden Naturärztin Klara Nibios großes Aufsehen. Ihr wird schlagartige Tötung zur Last gelegt, da sie zwei an Diphtheritis erkrankte Kinder angehtsch falsch behandelt und dadurch deren Tod herbeigeführt haben soll.

Berlin, 3. März. Nach einem Telegramm aus Gleiwitz ereignete sich in der Petroleum-Raffinerie zu Oberberg ein schwerer Unglücksfall. Bei Versuchen mit Kohlenensäure explodierte ein mit Kohlenensäure gefülltes Behältnis. Ein Schlosser wurde getötet, zwei Monteure schwer und der Direktor leicht verwundet.

Temesvár, 3. März. Gegen den Biharer Personenzug richtete eine Gruppe Brudenerer Bewohner ein Steinwurf-Bombardement, wodurch die Fenster mehrerer Waggons zertrümmert und eine Anzahl Passagiere verletzt wurde.

New-York, 3. März. Prinz Heinrich ist heute früh in Chattanooga eingetroffen. — Ein Eisenbahnzug, der ein unter Wasser gefestigtes Geleise durchfuhr, wurde von den unterschwimmenden Eisblöcken aufgehalten und mußte mitten im Wasser stehen bleiben. Die Passagiere wurden durch Boote in Sicherheit gebracht.

Paris, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Waldeck-Rousseau empfing zahlreiche Telegramme, welche ihm Beileid wegen seines Unfalles aussprechen. Das russische Ministerium beauftragte den russischen Botschafter, sich nach dem Befinden des Ministerpräsidenten zu erkundigen und ihm das Beileid der russischen Regierung auszusprechen; das Gleiche that auch der englische Botschafter.

Washington, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Burendelegierten Wessels und Wolmarans sind heute hier angekommen und von dem Staatssekretär Hay empfangen worden.

Marseille, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Burenoffizier Hesseß ist an Bord eines spanischen Dampfers hier angekommen. H. hat unter Botha gekämpft wurde aber gefangen genommen und nach St. Helena gebracht, von wo er entflohen ist. Er giebt an, nach Holland zu wollen, wo er an den Präsidenten Krüger zwei Briefe von Botha abgeben soll.

Mons, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem hiesigen Bahnhof stießen in der Nacht zwei Güterzüge auf einem Nebengleis zusammen. Zwei Bahnbeamte sind tot. Der Materialschaden ist bedeutend.

Briefkasten.

L. S., Schnebeck. Mimente verfahren erst in 30 Jahren: Lohnbeschlagnahme ist freilich nicht mehr zulässig. — Wahlkreis Casse-Mischerleben. Im Monat Februar sind bei der Kreisliste eingegangen: Von Boderburg 2,95. — Von Alten, 3,00. — Vom Volksverein 150,00. Wjorowski. — W. F., Gommern. Wenn Zwangsinnung, ja. — Eisenbahner Fr., hier. Der Artikel kann ohne periodische Rücksprache mit Schlosser R. nicht zum Abdruck gebracht werden. Red. d. B.

Gewerbe- u. Innungsschiedsgerichts-Präsident (Arbeitnehmer). Freitag, 7. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Gust. Schöne, St. Neustadt 15/16.

Sozialdemokratischer Verein für Magdeburg und Umgegend.

Versammlung

Mittwoch, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr
im Dreikaiserbund, Storchstr. 7.

In dieser Versammlung spricht
Redakteur H. Schulz über: Duellunfug.
Parteilosen! Zu dieser Versammlung haben auch Frauen Zutritt. Wir richten an die Genossen aller Stadtteile das dringende Ersuchen, in großer Anzahl mit ihren Frauen in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Wischerleben.

Mittwoch, den 5. März 1902, abends 8 Uhr in
Schräbers Lokal

Öffentl. Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
„Moderne Hauptkritik im modernen Klassenstaat.“
Referent: Genosse Schriftsteller **Thiel-Kassel.**
Freie Diskussion.
Männer und Frauen aller Berufsstände sind freundlichst eingeladen.
Der Einberufer: **Mikowsky.**

Gratulationskarten

zu allen Gelegenheiten passend
empfiehlt die
Buchhandlung „Volksstimme“
Jakobsstraße 49.

Sandwiches

gibt unvergleichlich schönen Glanz.
Cigarren für Händler!
Milke 19, 20, 22 und 25 Mark sind wieder vorrätig!
Cigarren-Versand, 47 Jakobsstraße 47.

Kur- u. Badeanstalt Sudenburg

69 Wolkenbüttlerstraße 69
empfiehlt
Dampfbäder, Packungen, Massagen etc.
Moorbäder von natürlicher Mooreerde.
Kohlensäurebäder
sowie sämtliche Bäder zu Heilzwecken.
Wannen-Reinigungsbäder 25, 50 Pfg.

Geschäfts-Eröffnung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich in der
alten Neustadt, **Agnetenstrasse 3,** ein
Cigarren- und Cigaretten-Special-Geschäft
eröffne. Um gütigen Bespruch bittet
Richard Schuppe.

Stassfurt Stassfurt
Nie wiederkehrende Gelegenheit!
Einem großen Posten
Lodenstoffe
für Haus- und Straßenkleider geeignet
sehr haltbar und dauerhaft
Kleid, 6 Meter, 3.50 und 4.50 Mk., so lange
der Vorrat reicht
bei
D. Lewinson
Stassfurt, Steinstraße 11.

Krankenkasse Merkur

Diejenigen Mitglieder, welche mit der Einzahlung der Beiträge über die Frist hinaus im Rückstande sind, auch solche, die verzogen und sich nicht umgemeldet haben, werden aufgefordert, die rückständigen Beiträge ungekündigt im Bureau, Rothfuchsstraße 22, einzuzahlen. Für Mitglieder, die in Arbeit treten, genügt jedem Arbeitgeber ohne Ausnahme unser Mitgliedsbuch. 2317

Schuhwaren!

Billig! Billig!
Herren- u. Damenschuhe, Stiefeln, Turn-, Strauß- u. Kinderschuhe, Pantoffeln, auch aus Kontursmassen stamm. Waren
Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.
Neue Fahrräder mit Laterne u. unter Garantie von 95 Mark an. Gebr. Fahrräder stets am Platze. Reparaturen werden billig ausgef.
L. Nieber, Gr. Mühlstraße 9.

Gelegenheitskauf!

Ich habe einen gr. Posten
neue Herren-Jacket-Anzüge 2232
Herren-Sommer-Paletots
einzelne Jacketts und
Sosen
sowie Konfirmanden-Anzüge
aus besseren Stoffen, angekauft und gebe dieselben preiswert ab.
Max Herzberg
Schopenstr. 1, I.

18 Blanebeifstraße 18

Damen- und Herren-Kleider
werden sauber und bei mäßigen Preisen gereinigt und gefärbt. Stoffe zum Delatieren für Geschäfte per Meter 5 Pfg.
H. Munderloh, 2224
18 Blanebeifstraße 18
Fabrik Groß-Ottersleben.

Küchensettel des

Lehrerinnen- und Damenheims
Neueweg 1/2.
Dienstag: Apfelsuppe, Rosentohl, Beifisch und Salzkartoffeln oder Dörrschinkenbraten, Frisch-Stew.
Mittwoch: Brühsuppe mit Reis, Eierbraten und Heidelbeeren oder Eier-Beier-Mehlsuppe, Prinzesskartoffeln und Saucisken.
Donnerstag: Legierte Suppe oder Brotweinsuppe, Schweinebraten und Naccaroni oder Salzkartoffeln und Schmorkohl.
Freitag: Frühlingsuppe, Sauertohl, Salzkartoffeln u. Pöselfleisch oder braune Brühsuppe, gebratene Leber und Kartoffelbrat.
Sonntag: Frühlingsuppe mit Nudeln, Lungenhaischen und Salzkartoffeln oder weiße Bohnensuppe, Rindfleisch, Salzkartoffeln und Meerrettigauce.

Küchensettel

der Magdeburger Volkshäuser
Hauptstraße 5 und Neustadt,
Schmidstraße 61.
Dienstag: Linsen mit Hammelfleisch.
Mittwoch: Biringsohl mit Rindfleisch.
Donnerstag: Weiße Bohnen mit Rindfleisch.
Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.
Sonntag: Graupensuppe mit Rindfleisch.

Eva Siebeck. Alle Leser und Leserinnen dieses so sehr beliebten Romanes, welche denselben jetzt einbinden lassen wollen, werden gebeten den Roman sofort abzuliefern.
Wir bemerken, daß wir für jede einzelne Decke, die später gebracht wird, selbst 5 bis 10 Pf. mehr zahlen müssen, also ist es Pflicht aller Interessenten, hiernach zu handeln.
Der Verlag der „Volksstimme“.

Neues illustriert. Kochbuch

ca. 900 erprobte Rezepte. — 348 Seiten.
** Sehr viele Illustrationen und farbige Tafeln. **
Preis nur 2 Mark.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau
Fernsprech-Anschluß 1409.
Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3 1/2—7 1/2 Uhr.
Al. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Diensthöfen-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.
Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.
Fernsprechanschluß: Mathaus Nr. 2150—2155.
Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche 10—1 4—7
Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitsträften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.

Stellung suchen:

Viele gelernte und ungelernete Arbeiter, Kutscher, Hausdiener, Haus- und Bauhelfer, ferner Mädchen ohne Kochkenntnis und Waschfrauen.
Es werden gesucht:
Tüchtige Köchinnen und Hausmädchen, Mädchen für alles, Kindermädchen, Landwirtschafterinnen, einfr. Stützen und Kinderfräulein.

Kanarienhähne u. Weibchen

kaufe ich alle Posten, gute u. gewöhnl. Vögel für die Weltküche
Franz Vahle zum höchsten Preise in meiner Wohnung 713
Alte Neustadt, Endelfstr. 1.
F. H. Oehlert, Kanarienzüchter.

Schmerzloses Zahnziehen

ohne Betäubung.
Zahnerjas jeder Art billigt.
Rud. Barfels, Buckau
Schönebekerstr. 29/30, Ecke Gärtnerstr.

August Schumm

Sudenburg 132
Braunschweigerstr. 19
Rindfleisch, Hammelf., Kalbf. 60 Pfg.
Schweinefleisch und Flossen 70 Pfg.
bei **Brüggemann, Fürststr. 18**

Aufforderung!

Der bekannte Maurer mit bloßem Bart, welcher am Dienstag mit einem Handrollwagen vom Lagerplatz Große Diebendorferstr. 249 Rüttung entnommen hat, wird aufgefordert, bis Dienstag abend 5 Uhr dieselbe zurückzugeben, da sonst Strafantrag gestellt wird. 711

Walhalla
Sente Dienstag
2. Gastspiel
der **Madame**
Ada Colley
die
australische Nachtigall
sowie das
neue amüsante
Programm.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 4. März 1902.
Benefiz für Eduard Hebrich.
Der Zigeunerbaron.
Komische Oper in 3 Aufzügen von
Johann Strauß.

Cirkus Variété

Die
Original-Budapester
Alles nähere
sowie Preise der Plätze an
den Anschlagtafeln.

Standesamt.

Magdeburg, 1. März.
Aufgebote: Arbeiter Emil Gräßner mit Witwe Katharine Duchschein geb. Schäfer hier. Herrschaftl. Kutscher Karl Bohn mit Minna Meyenberg hier. Arb. Wilh. Rud. Hermann Behrens in Ulben mit Alma Renate Ferschland in Beyendorf. Hilfsbahnwärter Friedrich Ludw. Borkamp in Gommern mit Kathilde Sabich in Danniglow. Ingenieur Helmuth Kögel in Bet-

Gertrude Wiemanns

Schönitz in Böhmen mit Elisabeth Griefemann hier. Fabrikarb. Ernst Raedel in Neustadt mit Emma Weiß hier.
Eheschließung: Herrenkleidmacher Gustav Neumann hier mit Emma Magnus in Wolmirstedt.
Geburten: Emmy, T. des Comptoirboten Louis Frost. Oskar, S. des Kaufm. Exped. Karl Maack. Bobo, S. des Verführer-Beamten Ernst Gault. Friedrich Wilhelm, S. des Kaufm. Wilhelm Schmidt. Friedrich, S. des Banquiers Johann Albert. Werner, S. des verstorbenen Buchhalters Wilhelm Frenkel. Käthe, T. des königl. Eisenbahn-Sekretärs Friedrich Wellmann.

Todesfälle: Friederike geb. Habending, Witwe des Lehrers Ferd. Schnarr, 79 J. 7 M. 14 T. Gerhard, S. des prakt. Arztes Dr. med. Studentenwski, 10 M. 18 T. Jda, T. des Arb. Robert Schiller, 3 M. 23 T. Klara geb. Schumann, Ehefrau des Malermeisters Adolf Düner, 39 J. 9 M. 21 T. Gustav, unehelich, 1 M. 1 T. Adolf Vollmering, Privatmann, 76 J. 5 M. 19 T. Karl Pohl, Reisender, 37 J. 3 M. 26 T.

Sudenburg, 1. März.

Geburten: Adelheid, T. des Arb. Christ. Haberel. Helene, T. des Kesselschmieds Rud. Mich. Mann. Erna, T. des Arb. Christ. Schulze. Alfred, S. des Böttchers Emil Zimmermann. Erich, S. des Arb. Friedrich Holz.
Todesfälle: Schlosserlehrling Max Frig, 18 J. 2 M. 26 T.

Neustadt, 1. März.

Aufgebote: Bergmann Friedr. August Ludwig Brandt in Ober-Brnede mit Anna Marie Henriette Heinrichs.
Eheschließungen: Molterer- und Betriebsleiter Karl Buchholz in Nord-Steinle mit Margarete Ferschland. Erbarb. Gustav Werner mit Margarete Wöhe. Schuhmacher Adolf Popf mit Witwe Goebcke, Friederike geb. Lübers. Bur.-Wiff. Willy Meibes mit Martha Peters.
Geburten: Magdalene, T. des Eisendrehers Augustinus Zerobski. Willy Karl, unehelich, Margarete, T. des Arb. Franz Wisniowski. Theresie, T. des Fuhrmanns Gustav Schulze. Wally, T. des Fuhrm. Gustav Schulze. Wally, S. des Fabrikarb. Wilhelm Heite. Bruno, S. des Brauereiarb. Albert Günther. Heinrich, S. des Comptoirboten Heinrich Schaper. Erna, T. des Tischlers Herm. Leigert.

Todesfälle: Walter, S. des

Arbeiters Otto Fuchs, 1 M. 2 T. Otto, S. des Arbeiters Otto Bernward, 1 M. 7 T. Hedwig, T. des Arb. Josef Wittbauer, 6 M. 4 T.

Wischerleben.

Eheschließungen: Arbeiter Rudolf Kochmann mit gesch. Marie Träbert geb. Henning. Arb. Karl Vikmann mit gesch. Jda Probst geb. Barth. Maler Hermann Wölbner mit Minna Friedus. Maschinist Wilhelm Herrforth mit Hedwig Vanger. Bergarbeiter Gustav Hoffmann mit Auguste Schröder. Kollfutscher Christian Schröder mit Emma Wölbner.

Geburten:

S. des Arbeiters Hermann Wagem. S. des Arbeiters Julius Fünfhans. S. des Eisendrehers Otto Herfen. T. des Pastors Johannes Bierfig. T. des Braucers Max Gact.

Schönebeck.

Vom 26. bis 28. Februar.
Aufgebote: Sattler Robert Gerfurth hier mit Jda Bertha Schulz zu Biere. Arbeiter August Karl Friedrich Hans Seyje mit Auguste Anna Gelske, beide in Hamburg.

Geburten:

Else, T. des Eisendrehers Otto Reusch. Lina, T. des Arbeiters Karl Biegelmann. Frieda, T. des Arbeiters August Knopi. Helene, T. des Tapezierers Wilhelm Degering.

Todesfälle: Ehefr. Johanne Zader geb. Wille, 71 J. 1 M. 9 T. Witwe Frau Sophie Thilm geb. Diekau, 74 J. 3 M. 7 T. Dorothea, T. des Arbeiters Heinrich Rathilde Sabich in Danniglow. Ingenieur Helmuth Kögel in Bet-